



Bezirksgemeinde  
Montag, 3. April 2017, 20.00 Uhr, im  
Monséjour - Zentrum am See

---

**Vorsitz:** Fuchs Michael, Bezirksammann

**Mitglieder Bezirksrat:** Ebert Oliver, Bezirksrat  
Fischli Hansheini, Säckelmeister  
Gamma Petra, Bezirksrätin  
Gnos Emil, Bezirksrat  
Heinzer Josef, Bezirksrat  
Tresch Armin, Statthalter

**Protokoll:** Lüönd Wolfgang, Landschreiber

**Anwesend:** 275 Personen

A-Geschäft

1

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**

**Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.10

**Bezirksammann Michael Fuchs** begrüsst alle Anwesenden, darunter auch die Medien.

Es sind folgende Medienvertreter der Zeitungen anwesend:

Freier Schweizer:	Irene Infanger und Simone Ulrich
Bote der Urschweiz	Edith Meyer Fernandes und Christian Ballat
SRF Zentralschweiz/ Regionaljournal	Michael Zezzi

Bezirksammann Michael Fuchs dankt den Medienvertretern für eine korrekte Berichterstattung und wünscht allen Teilnehmern eine speditive, informative und sachliche Versammlung.

Bezirksammann Michael Fuchs erklärt die Bezirksgemeinde als eröffnet.

Er hält nach Gemeindeorganisationsgesetz (GOG) fest:

- Das Protokoll der letzten Bezirksgemeinde vom 12. Dezember 2016 hat der Bezirksrat mit Beschluss Nr. 129/2017 genehmigt.
- Die Einladung zur heutigen Bezirksgemeinde erfolgte fristgerecht per Inserat am 21. März 2017 in den Lokalzeitungen (§ 18 GOG, mindestens 10 Tage vorher).
- Die Botschaft ist sämtlichen Haushalten termingerecht zugestellt worden.
- Stimmberechtigt ist nur, wer im Bezirk Küssnacht Wohnsitz hat, gemäss § 5 Gesetz über Wahlen und Abstimmungen: "Das Stimmrecht kann nur in der Wohnsitzgemeinde ausgeübt werden". Zuwiderhandlungen sind strafbar.
- Nicht stimmberechtigte Personen sind unter Strafandrohung verpflichtet, sich im eigens dafür bezeichneten Bereich, vorne in die erste Reihe nieder zu lassen.

Die Verhandlungen werden wie bis anhin auf Tonband aufgenommen. Die Sprecher werden gebeten, ihre Voten, unter Nennung von Vorname, Name und Adresse, am Mikrofon zu halten. Um eine störungsfreie Versammlung durchzuführen, sind sämtliche Mobiltelefone auf lautlos zu stellen.

Er übergibt das Wort Landschreiber Wolfgang Lüönd zum Verlesen der Traktandenliste.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** begrüsst die Anwesenden und verliest nach § 24 Abs. 1 gemäss GOG die Traktanden der heutigen Bezirksgemeinde:

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
2. Wahl der Stimmzähler
3. Gewährung eines Verpflichtungskredites von Fr. 116'484'000.– (plus allfälliger Teuerung nach § 17 der Finanzhaushaltsverordnung für die Bezirke und Gemeinden (FHV-BG, SRSZ 153.111) abzüglich kantonalen Beiträge für die Trägerschaftsänderung von Fr. 1'996'000.– für den Bau der Südumfahrung Küssnacht, Abschnitt 2 Räämatt–Breitfeld, gestützt auf die an der Urne angenommene Pluralinitiative «Südumfahrung PLUS», sowie die Zustimmung zur Übernahme der im Abschnitt 2 betroffenen Kantonsstrasse ins Eigentum des Bezirks Küssnacht
4. Genehmigung von Nachkrediten zur Laufenden Rechnung 2016
5. Genehmigung von Nachkrediten zur Laufenden Rechnung 2017
6. Genehmigung der Jahresrechnung 2016
7. Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Schulhaus Dorfhalde
8. Schlussabrechnung Verpflichtungskredit WER K
9. Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Gebäude Drittnutzer WER K
10. Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Dachausbau Schulhaus Merlischachen
11. Verschiedenes

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verweist auf die Seiten 9, 10 und 11 der Botschaft, auf welchen Erläuterungen zu Anträgen und zum Verfahren von geheimen Wahlen und Abstimmungen an der Bezirksgemeinde erläutert sind.

Kurz zusammengefasst:

- Der Souverän hat die Wahlen und Abstimmungen im Bezirk Küssnacht dem Urnensystem unterstellt.
- Im Urnensystem wird an der Bezirksgemeinde lediglich vorberaten. Die Schlussabstimmung des Geschäftes erfolgt grundsätzlich immer an der Urne. An der Bezirksgemeinde kann deshalb über das Geschäft nicht abschliessend abgestimmt werden, sondern lediglich über entsprechende Anträge.
- Es ist zulässig, an der Bezirksgemeinde formelle und materielle Anträge zu stellen.
- Speziell umschrieben sind auf der Seite 9 in der Botschaft alle zulässigen Anträge im Rahmen der Rechnung.
- Es werden vorab die formellen Anträge zur Abstimmung gebracht. Wird einem entsprechenden Antrag stattgegeben, erübrigt sich die Weiterführung und Beratung.
- Nur zu gültigen Anträgen kann eine geheime Abstimmung verlangt und durchgeführt werden. Die Abstimmung über eine geheime Abstimmung findet am Schluss der Beratung statt, bevor über die gestellten formellen oder materiellen Anträge abgestimmt wird. Über den Antrag auf geheime Abstimmung wird immer im offenen Handmehr abgestimmt. Geheime Abstimmung ist beschlossen, wenn die Mehrheit der Stimmenden dies im offenen Handmehr beschliesst.

Er übergibt das Wort **Bezirksammann Michael Fuchs**.

**Bezirksammann Michael Fuchs** fährt gemäss der Traktandenliste fort.

A-Geschäft

**2**

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**  
**Wahl der Stimmzähler**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.10

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und durch die Versammlung genehmigt:

- Damian Mettler, Bezirksweibel

In alphabetischer Parteienreihenfolge:

- Alois Zimmermann    Vertreter der CVP
- Philippe Jeanmaire    Vertreter der FDP
- Marcel Kuchen    Vertreter der SP und Unabhängige
- Joe Weiss    Vertreter der SVP

Das Büro der Bezirksgemeinde bildet der Bezirksammann, der Landschreiber und die fünf Stimmzähler. Entscheide über Abstimmungen haben das Büro zu beraten und nicht die übrigen Mitglieder des Bezirksrates.

**Bezirksammann Michael Fuchs** ersucht die Versammlung um Wahl der vorgeschlagenen Stimmzähler. Die Wahl erfolgt einstimmig.

C-Geschäft

**3**

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**

Traktandum 03 Gewährung eines Verpflichtungskredites von Fr. 116'484'000.– (plus allfälliger Teuerung nach § 17 der Finanzhaushaltsverordnung für die Bezirke und Gemeinden (FHV-BG, SRSZ 153.111) abzüglich kantonaler Beiträge für die Trägerschaftsänderung von Fr. 1'996'000.– für den Bau der Südumfahrung Küssnacht, Abschnitt 2 Räbmatt–Breitfeld, gestützt auf die an der Urne angenommene Pluralinitiative «Südumfahrung PLUS», sowie die Zustimmung zur Übernahme der im Abschnitt 2 betroffenen Kantonsstrasse ins Eigentum des Bezirks Küssnacht

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.10

Bezirksrätlicher Sprecher    Bezirksrat Oliver Ebert

Eingangs verliest er nochmals den Traktandentitel:

*Gewährung eines Verpflichtungskredites von Fr. 116'484'000.– (plus allfälliger Teuerung nach § 17 der Finanzhaushaltsverordnung für die Bezirke und Gemeinden (FHV-BG, SRSZ 153.111) abzüglich kantonaler Beiträge für die Trägerschaftsänderung von Fr. 1'996'000.– für den Bau der Südumfahrung Küssnacht, Abschnitt 2 Räbmatt–Breitfeld, gestützt auf die an der Urne angenommene Pluralinitiative „Südumfahrung PLUS“, sowie die Zustimmung zur Übernahme der im Abschnitt 2 betroffenen Kantonsstrasse ins Eigentum des Bezirks Küssnacht*

In der Botschaft ist das Geschäft auf der Seite 12 bis 19 abgedruckt. Ebert beginnt mit der Ausgangslage im Juni 2012. Der Souverän habe den Abschnitt Ebnet-Räbmatt deutlich angenommen. Der Abschnitt 2 Räbmatt – Breitfeld sei jedoch mit 23 Stimmen NEIN knapp abgelehnt worden. Am 11. September 2013 habe das Initiativ-Komitee die Pluralinitiative Südumfahrung PLUS eingereicht. Diese Pluralinitiative wurde am 9. Februar 2014 deutlich angenommen. Entsprechend habe der Bezirksrat die Kosten für ein Vorprojekt ermittelt und einen Planungskredit in der Höhe von Fr. 630'000.-- zur Abstimmung gebracht. Der Planungskredit wurde am 14. Juni 2015 angenommen. Im Unterschied zum 2012 abgelehnten Projekt soll die Umfahrung zwischen dem Portal Räbmatt und Breitfeld neu vollständig in einem Tunnel verlaufen. Seit Juli 2015 werde am Projekt SüdPLUS gearbeitet. Das Vorprojekt mit Kostenschätzung liege seit Anfang Juli 2016 vor und die Gespräche bezüglich des Kostenteilers zwischen dem Kanton und dem Bezirk hätten laufend stattgefunden.

Details zum Projekt sind aus der Botschaft ersichtlich. Ebert erwähnt einige Eckpunkte: Der Anschluss Süd Plus erfolge im Bereich Räbmatt mit einem Kreisel und führe zum Tunneleingang Nord. In einem leichten Bogen gehe der Tunnel in Richtung Pfaffenhaut. Mit einer Länge von 1'125 m und einer Steigung 2,4 % ende der Tunnel im Breitfeld. Die Tunnelüberdeckung beträgt 17 – 26 m. Der Untergrund des Tunnels bestehe aus Moränenschotter. Zur genauen Bestimmung des Baugrundes waren zusätzliche geologische Abklärung notwendig. Unterquert werden der Bergweg, die Chlösterlistrasse sowie der Dürren- und Schickerbach. Im Tunnel befänden sich zwei Ausstellbuchten und zwei Fluchtschächte. Das Tunnelportal Süd liege im Breitfeld und der Anschluss der Umfahrungsstrasse an die Grepperstrasse erfolge nördlich des Hofes Breitfeld.

Die Grafik zu den Veränderungen der Verkehrszahlen befinde sich auf der Seite 14. Die Grundlage dafür bildet das kantonale Verkehrsmodell (April 2016), Die Veränderungen der Zahlen sind bedeutend (Beispiel im Bereich Ebnet: neu noch 3'700 und nicht mehr die 13'700 Autos, Bereich Hauptplatz: neu noch 4'500 und nicht mehr die 15'900 Autos).

Ebert erläutert die Kosten anhand der Aufstellung in der Botschaft:

Bauhauptarbeiten	Fr.	126'030'000.–
Baunebenarbeiten	Fr.	9'123'000.–
Honorare und Dienstleistungen	Fr.	16'900'000.–
Zwischentotal	Fr.	152'053'200.–
MwSt.	Fr.	12'164'240.–
Zwischentotal II	Fr.	164'217'240.–
Landerwerb, Entschädigungen, Notariat, Beweissicherung	Fr.	9'320'000.–
Offene Reserven, 15%	Fr.	20'300'000.–
Total von	Fr.	193'837'240.–

Die Massnahmen an der Grepperstrasse lösen folgende Kosten aus:

Verkehrsberuhigende Massnahmen	Fr.	80'000.–
Sanierung der Grepperstrasse	Fr.	1'996'000.–
Offene Reserven, 10%	Fr.	208'000.–
Total insgesamt	Fr.	2'284'000.–

Der Kanton werde sich am neuen Projekt SüdPLUS im gleichen Umfang wie beim Projekt 2012 beteiligen. Der damalige Beitrag von Fr. 75 Mio. werde wie folgt ergänzt:

Bauteuerung	Fr.	2'000'000.--
im Projekt 2012 nicht enthaltene Kosten für eine Stützmauer und den Lärmschutz beim Portal Nord in der Räbmatt.	Fr.	2'800'000.--

das gibt einen totalen Kantonsanteil von 79'8 Mio.

Die Mehrkosten von Fr. 34,4 Mio. des neuen Projekts gehen zu Lasten des Bezirkes Küssnacht. Zusammenfassend: Die Südumfahrung Abschnitt 2 Projekt SüdPLUS kosten insgesamt Fr. 194 Mio., abzüglich Anteil des Kantons Fr. 79.8 Mio. ergibt, inkl. Anteil Grepperstrasse, total Fr. 116'484'000.--.

Die finanziellen Auswirkungen seien auf der Seite 16 der Botschaft ersichtlich. Gemäss § 43 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden würden Bauten und Anlagen jährlich mit 8% auf dem Restbuchwert abgeschrieben. Der Einfluss dieses Baukredites auf den Steuerfuss könne nur sehr schlecht vorhergesagt werden. Der Bezirksrat wolle nicht „Kaffeersatz“-Lesen. In der Aufstellung seien die finanziellen Auswirkungen in den Jahren 2022 bis 2045 aufgelistet.

Die Grepperstrasse, jetzt Kantonsstrasse, müsse mittelfristig saniert werden. Die Erhöhung der Verkehrssicherheit, der Lärmschutz und die strassenbauliche Instandstellung würden Fr. 20 – 30 Mio. kosten. Mit der Realisierung der Südumfahrung Abschnitt 2 würde sich der Betrag auf die bereits erwähnten Fr. 2 Mio. reduzieren. Nach der Inbetriebnahme des Abschnitts 2 gehe die Grepperstrasse ins Eigentum des Bezirks über.

Das Terminprogramm sehe wie folgt aus:

am 3. April 2017 (heute) die Bezirksgemeinde Beratung,  
am 21. Mai 2017 die Volksabstimmung,  
bei der Annahme des Baukredites:

- Verfahren zum Kantonalen Nutzungsplan, dann
- Aufnahme in das Kantonale Strassenbauprogramm,
- Planungskredit im Kantonsrat,
- Verpflichtungskredit durch den Kantonsrat,
- öffentliche Auflage des Bauprojektes
- Genehmigung des Bauprojektes,
- Ausführungsplan frühestens ab 2026,
- Baubeginn frühestens 2028 und ca. die Fertigstellung im Jahr 2035.

Bezirksrat Oliver Ebert weist auf die Abstimmungsempfehlung des Bezirksrats hin, die lautet (Zitat):

*Durch das optimierte Projekt SüdPLUS des 2. Abschnitts der Südumfahrung kann die Grepperstrasse zwischen Räbmatt und Breitfeld vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Dennoch erachtet der Bezirksrat die Kosten des vorliegenden Projekts im Vergleich zu den damit verbundenen Vorteilen als sehr hoch. Die durch den Bezirk zu tragenden Kosten stellen für den Bezirksrat eine Hürde dar, welche die Realisierung anderer Projekte über Jahre erschweren wird. Er ersucht deshalb die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, den Verpflichtungskredit von Fr. 116,5 Mio. für den Bau der Südumfahrung Küssnacht, Abschnitt 2 Räbmatt–Breitfeld, abzulehnen.*

Bezirksrat Oliver Ebert zitiert den Bericht der RPK, 3. Abschnitt:

*Gemäss unserer Prüfung werden bei der Vorlage des Verpflichtungskredites die gesetzlichen Grundsätze bezüglich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Haushaltsgleichgewicht nicht eingehalten. Die Rechnungsprüfungskommission beantragt aus diesen Gründen diesen Verpflichtungskredit von Fr. 116'484'000.-- abzulehnen.*

**Bezirksammann Michael Fuchs** eröffnet die Diskussion.

**Samuel Lütolf, Riedappel 8, 6403 Küssnacht am Rigi.** Seit 50 Jahren diskutiere man über dieses Thema. Wäre es nicht langsam an der Zeit, dass man merke, dass die Umfahrungsstrasse gebaut werden müsste. Seit Ewigkeit schiebe man das Problem vor sich hin und mache nichts. Aber jetzt habe man ein gutes Projekt, ein gutes Projekt von vorne bis hinten in einem „Loch“ im Boden. Das Problem mit der Steigung im Tunnel sei gelöst, der Landverschleiss sei auf ein Minimum reduziert - ein sauberes Projekt. Betrachte man nur einmal, was in Küssnacht zur Zeit alles gebaut werde: Spätler 51 Wohnungen, Grepfen 38 Wohnungen, Räbmatt 151 Wohnungen - die Frage sei erlaubt: „was wird noch kommen“. Das Projekt soll 2035 beendet werden. Man müsse jetzt mit dem Bau beginnen, und zwar auf der Stelle. Gerade für die junge Generation sei es wichtig, dass man jetzt beginne. Er unterbreitet ein Angebot: Man soll Ja stimmen, dafür würden es die Jungen bezahlen. All Jenen, die heute sagen, es sei zu teuer entgegnet er, sicherlich werde auch die Südumfahrung teurer, wenn man wieder 20 Jahre zuwarte.

**Hans Lüthold, Ginsterweg 1, 6403 Küssnacht am Rigi.** Im Namen der Initianten SüdPLUS bedanke er sich zuerst bei Allen, die die Initianten in den letzten 6 Jahren unterstützt haben. Kurz zurückgeblendet: Man erinnere sich, dass der Bezirksrat in der Abstimmung 2012 mit allen Mitteln um eine ganzheitliche Südumfahrung, vom Ebnet, via Räbmatt ins Breitfeld, geworben habe. Lüthold zitiert den Botschaftstext:

*Die Südumfahrung entfaltet ihre volle Wirkung nur dann, wenn beide Abschnitte realisiert werden. Deshalb ersucht der Bezirksrat die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, dem Verpflichtungskredit für den Abschnitt 2 zuzustimmen.*

Und der damalige Statthalter, der heutige Bezirksammann Michael Fuchs doppelt im FS-Interview nach und setze noch einen „drauf“, Zitat:

*Die Grepperstrasse gehört den Anwohnern, und nicht den Autos. Ohne Südumfahrung verschlimmert sich dieser Zustand noch bedeutend. Wir sollten deshalb keine Zeit mehr verlieren.*

Das sei eine weitsichtige Dorfentwicklung die man hier angehen wollte, das sei Führungsanspruch und ein Wahrnehmen der politischen Verantwortung - habe man gedacht. Genau dieses Resignieren war Motivation, Startimpuls für die Formierung der Initianten SüdPLUS - das Resignieren, dass man gesagt habe „NEIN, fertig, Amen, Schluss, der Bezirksrat mache nichts mehr“. Der Bezirksrat mache keine neue Auflage zum zweiten Abschnitt. Erst recht, wenn zweimal in den vergangenen 5 Jahren, die Küssnachterinnen und Küssnachter mit einem deutlichen Signal an der Urne bestätigten, dass Küssnacht nicht nur einen 2. Abschnitt Südumfahrung möchte – sondern auch brauche. Die Zeit ging ins Land, und die Behörde habe gegenüber dem Projekt SüdPLUS immer wieder das Killerargument „Kosten“ als Begründung vorgeschoben. Auch schon, bevor überhaupt klar gewesen sei, was eine durchgehende Tunnelierung kosten würde. Dann, Mitte 2016 habe die Planungskommission für ein Vorprojekt SüdPLUS (neben Kanton-, Bezirk- und Tunnelingenieuren-Vertreter seien auch die Initianten dabei gewesen) ein Projekt verabschiedet, das die eigene Strecken-Planung der Initianten noch technisch überflügelt habe. Die Botschaft zeige, dass ein durchgehender Tunnel die Lösung sei. Die Kostenplanung sei vom Projektingenieur mit gut Fr. 173 Mio., inkl. Reserve, errechnet worden. Ein Gutachten, geprüft nach dem Verfahren eNISTRA, (Handbuch des Bundes, welches die Beurteilung von Strasseninfrastrukturprojekten, unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsziele ermöglicht), habe schliesslich bestätigt, dass das Projekt SüdPLUS gegenüber dem Projekt 2012 wesentlich höhere Nutzwerte ausweise. Nach fast 50 Jahren des Diskutierens und Abwägens sei die Lösung SüdPLUS wohl die letzte Chance und Gele-

genheit, bei einmaliger Ausgangslage und unter optimalen Bedingungen, einen 2. Abschnitt zu realisieren. Erst recht, wenn UVEK und ARE prognostizieren, dass die Verkehrsentwicklung in den nächsten 20 Jahren beim motorisierten Individualverkehr um 18% und im Strassengüterverkehr um 33% deutlich zunehmen werde. Es komme noch der hausgemachte Zusatzverkehr durch die rege Bautätigkeit im Einzugsbereich Greppestrasse, aktuell mit ca. 200 Wohnungen, dazu. Das heisse: Eine Verkehrsbelastung von weiteren ca. 300 Fahrzeugen. Es müsse aber auch immer bewusst sein: Auch der 2. Abschnitt Südumfahrung, sei ein Projekt, das vom Kanton Schwyz geleitet, geführt und gemacht werde und nicht vom Bezirk. Küssnacht könne einzig und allein JA oder NEIN zu einem entsprechenden Kostenbeitrag sagen, damit in 20 Jahren das spürbar werde, was man heute entscheide.

Was unterscheidet die Variante 2012 vom vorliegenden Projekt SüdPLUS?

- 1 Strecke = 1 Tunnel, doppelte Länge gegenüber 2012
- eine kleine offene Streckenführung von 40 m, Portal Breitfeld = 10x weniger
- eine gleichmässige Steigung von 2,4% statt 7,5% = d.h. 3x kleiner
- ein minimaler Landverbrauch von 2'800 statt vorher 18'000 m<sup>2</sup> = 7x weniger

Es gäbe keine

- Beeinträchtigung des Landschaftsbildes mehr (nach der Realisation ist = vorher)
- Kunstbauten wie: Brücken oder grosse Hangsicherungen mehr
- normabweichende Lärm- und Abgasemissionen für die betroffenen Anwohner.

Polemisiert wurde auch, dass der Kanton Schwyz bei einem neuen Projekt nicht mehr mitmache. Der Kanton Schwyz selber wolle zu einem neuen Anlauf für eine 2. Etappe Hand bieten. Wenn Küssnacht tatsächlich heute noch einen 2. Abschnitt wolle, werde das auch ins kantonale. Prozedere aufgenommen (z.B. Eingliederung ins kantonale Strassenbauprogramm usw.). Das sei nicht selbstverständlich.

Nun zum Verpflichtungskredit von Fr. 116,5 Mio. Im letzten Herbst teilte der Bezirksrat mit, dass die, von den Projektgenieuren ermittelten Kosten von Fr. 173 Mio. nicht mehr gelten, respektive, dass der Kanton noch zusätzliche Reserven von Fr. 20 Mio. dem Projekt zuschlagen werde. Weiter: Und weiter: Dem Bezirk würden nicht wie beim Projekt 2012 50%, sondern neu um die 59% Beitragskosten zufallen, was Fr. 116,5 Mio. heisse. Unter diesen Vorzeichen argwöhnen die Initianten: Der Bezirksrat wolle 2035 keinen 2. Abschnitt Südumfahrung realisiert haben.

Im Gegensatz zu den Initianten. Die Voraussetzungen und Bedingungen zu einem 2. Abschnitt seien in den letzten fast 50 Jahren noch nie so gut gewesen wie heute. In den 60er-70er Jahren seien erste Pläne für eine Umfahrung, damals vom Ebnet bis Eingangs Greppen, mit Untertunnelung von der Gesslerburg bis zur Lehmgrube, weiter als Offenführung (z.T. wie Beckenrieder-Autobahnviadukt), skizziert worden. Man könne froh sein, dass dies nicht realisiert worden sei. Das Projekt hatte kein Chance: die Lokalpolitik, Landeigentümer, Landschaftsschutz usw. hätten das „Nötige“ dazu beigetragen.

Zum Trotz habe sich der Kanton damals aber anderweitig durchgesetzt: 1972 habe er mit viel Weitsicht und Gespür die Nordumfahrung Lützi-Luterbach für die Dorfentwicklung realisiert. Der Bezirk habe später dann noch den Anschluss „Kreisel Baer“ dazwischen geschaltet. Man stelle sich vor: Der Tages- und Berufsverkehr von Merlischachen/Meggen oder vom nördlichen Dorfteil, inkl. Udligenswil, fliesse heute noch durch das Dorf in Richtung Autobahn!! Das wäre nicht mehr zu bewältigen. Man sei überzeugt: Was man vor 40 Jahren im Norden realisiert habe, sei heute im Süden mehr als überfällig und richtig.

Lüthold nimmt Bezug zur Botschaft. Einerseits danke man dem Bezirksrat, dass er den Initianten eine kurze Stellungnahme auf Seite 18 ermöglicht habe. Selbstverständlich könne man nicht in alle Details gehen, dafür habe man am 27. April 2017 eine grosse Orientierungsversammlung im Saal des Widders. Andererseits werde von der Behörde auf der gleichen Seite im Punkt 8 in einem Satz, man denke bewusst suggeriert, dass ein 2. Abschnitt Südumfahrung nicht finanzierbar sei. Begründet werde die Aussage mit, Zitat: „...im Vergleich mit den damit verbundenen Vorteilen“ seien die Kosten sehr hoch.

Lüthold meint: „Geschätzte Damen und Herren – finden Sie auf den fünf Botschafts-Seiten einen solchen qualitativen, detaillierten Vergleich – Nein. Wir aber, wir haben ihn gemacht“. Noch unfairer, ja fast schon ein wenig fies und gefährlich sei der Text, der unterschwellig versucht, ein Projekt SüdPLUS gegen allfällige weitere Investitionen (welche sage der Bezirksrat noch nicht) auszuspielen. Das sei Gift für eine Dorfgemeinschaft. Aber die vermeintliche Schlaueit werde beim Küssnachter Volk nicht verfangen – der Bumerang sei vorprogrammiert. Es bestätige einfach einmal mehr: Der Bezirksrat setze alles daran, einen 2. Abschnitt, bzw. eine Entlastungs- und Umfahungstrecke zu verunmöglichen.

Die Initianten kämpfen mit Argumenten, nicht mit der Trickkiste. Für ein Projekt Südplus respektive für ein Ja am 21. Mai sprechen folgende Argumente: Man löse damit die pendenten Lärmschutz-Massnahmen an der Grepperstrasse - Fr. 20-30 Mio. des Kantons entfallen. Ein späteres Tunnelprojekt hätte kaum mehr eine Chance. Man habe Bezirksfinanzen, die sich gesund und investitionsfreudig abbilden; man habe die Akzeptanz und Unterstützung der Direktbetroffenen; man habe ein ausgereiftes Bauprojekt, das allfällige Risiken bereits berücksichtigt; man habe bei einem JA die Chance, am Agglomerationsprogramm und NAF überhaupt mitzubieten; man habe Grundeigentümer, die verhandlungsbereit seien (Breitfeld). Zudem erreiche man eine massive Entlastung des Durchgangs- und Ziel/Quellverkehrs. Man erreiche eine spürbare Erhöhung der Lebensqualität im südlichen Dorfteil, sowie effizientere Verkehrsflüsse und höhere Verkehrssicherheit. Man helfe dem Langsamverkehr und gebe den Schulwegen mehr Sicherheit. Auch werde die Erweiterung und Streckeneffizienz des ÖV-Angebots ermöglicht. Darum zählen und hoffen die Initianten nach wie vor auf Küssnacht bezogene Menschen, die sich für das Jahrhundertprojekt nicht von oberflächlicher, kurzfristigen und rein monetären Momentaufnahmen blenden lassen, die weitsichtig genug und in der Lage seien, eine Perspektive des zukünftigen Küssnachts, seiner Attraktivität und Lebensqualität umzusetzen, die ein Projekt, (für Generationen gemacht), unterstützen würden und Küssnacht nicht wegen des schnellen Geldes und einer temporären Bleibe wählen, sondern hier leben, ausgeben, ausgehen und lebenswerte, pulsierende Dörfer schätzen. Heute, nach fünfjähriger Recherchen- und Hintergrundarbeit und der abstimmungsreifen Vorlage SüdPLUS sehen die Initianten den Auftrag als erfüllt, dass Küssnacht die einmalige Möglichkeit bekommt, über einen durchgehend tunnelierten 2. Abschnitt zu entscheiden.

Zusammenfassend meint Lüthold, dass die Lösung SüdPLUS mehr als nur eine anonyme Zahl in der Investitions- oder Steuertabelle sei. Ein Nein zum 2. Abschnitt Südumfahrung käme einem politischen „Tunnelblick“ gleich oder würde als Unfähigkeit oder Unwilligkeit ausgelegt, sich für kommunale Projekte mit zeitlich weitem Horizont, ausserhalb der Alltagsgeschäfte und über die Wahlperioden hinaus, zu engagieren. Die Initianten seien weder Tagträumer noch Phantasten und seien weder kommerz- noch parteigesteuert. Das Engagement, die Überlegungen und Konklusionen zu einem 2. Abschnitt Südumfahrung stellen, neben dem bautechnischen Unterfangen und der sicher finanziellen Herausforderung, vor allem die Menschen und das dorfkonzentrierte Leben in der weiteren Zukunft in den Mittelpunkt. „SüdPlus“ sei für Küssnacht die beste Lösung und letzte Chance, unter optimalen Voraussetzungen die Verkehrsinfrastruktur von Küssnacht

für die kommenden Generationen gesamtheitlich und nachhaltig vorzubereiten und umzusetzen. Der nächste Lösungs-Level wäre wahrscheinlich ein Luftpendelverkehr zwischen Räbmatt und Breitfeld mit etwas grösseren Post-Drohnen.

Lüthold meint: „Nutzen Sie die Gelegenheit, am Donnerstag, 27. April 2017, zur Orientierungsversammlung zu kommen. Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich danke Ihnen im Namen der Initianten SüdPLUS für die Aufmerksamkeit und für ein überzeugtes JA an der Urne am 21. Mai.“

**Werner Christen, Gribschweg 2, 6403 Küssnacht am Rigi.** Er sei nicht mehr der Aktivste, weil es früher im hiess, dass die nur bauen wollen (Anm LS: Baugeschäft Christen AG). Da er seit zwei Jahren pensioniert sei, dürfe er sich auch einmal äussern. Bisher habe das meistens nur sein Bruder (Anm. LS: Alois Christen, Alt-Regierungsrat) gemacht. Er sei rund 50 Meter neben der Baustelle geboren worden und sei heute Morgen noch bei den „Österreichern und Deutschen“ zu Beuch gewesen. Sie kämen sehr gut vorwärts. Ebenfalls habe er 35 Jahre beim Ausgang des Tunnels gewohnt (heute nicht mehr). Man habe, das sei auch ihm bekannt, schon sehr lange, seit über 50 Jahren darüber diskutiert. Er sei hier zur Schule gegangen und besuche auch die Bezirksgemeinden.

Als die Südumfahrung beerdigt worden sei, sei er auch anwesend gewesen. Wenn dann die „Neue“ käme, müsste man die „Alte“ schon wieder reparieren. Das Projekt sei in den 50 Jahren im hin und sehr geschoben worden. Er finde es nun auch ein sehr ausgewogenes Projekt mit dem Dorfanschluss und dem Kreisel, die auch etwas kostet. Zudem sei dieses Projekt landschaftsschützerisch auch sehr optimal – auch das koste etwas mehr. Er arbeitete 50 Jahre lang im Bau, auch im Tunnelbau, und gehe jede Woche einmal „nachschaun wie es aussieht“. Man habe bereits ein Drittel der Bergstrecke erreicht, man sei am tiefsten Punkt angekommen. Der Polier sagte, dass es ein kleines Problem mit dem Lärm gäbe. Der Lehm Boden übertrage die Schallwellen einfacher und deswegen werden die Arbeiten nun abends um 20.00 Uhr beendet. Christen erwähnt, dass die Mireure am liebsten auch für den zweiten Teil bleiben würden. Die geologischen Verhältnisse seien ja ähnlich.

Bezüglich der Finanzen könne man es vergleichen wie zuhause, wenn die Frau oder der „Säckelmeister“ sage, es gehe nicht, es sei zu teuer, dann gehe es nicht. Dieses Projekt sei aber etwas anderes, ...„ihr versteht, was ich meine“. Bezüglich der Sicherheit der Verkehrswege erläutert Christen, dass seine Tochter damals angefahren wurde, zum Glück sei nichts passiert. Bei der Abstimmung sollte man auch an die Sicherheit denken. Christen weiter: Man müsse weitsichtig handeln und an die Jungen denken. Es mache auch keinen Sinn, die Grepperstrasse auszubauen. Man habe vor 120 Jahren das Dorfhaldeschulhaus gebaut, Kosten Fr. 200'000.--, Steuereinnahmen Fr. 17'000.--. Man habe damals sicherlich auch gesagt, dass es nur ein paar „Spinner“ waren, die dieses Projekt durchführen wollten. Christen meint, dass das damalige Projekt nichts mit „Spinnerei“ zu tun hatte. Es sei weitsichtig gewesen und für die „Jungen“.

Es sei auch weitsichtig, nicht nach der Hälfte aufzuhören, sondern den zweiten Teil zu beenden, dass man im Breitfeld „hineinfahren“. E sei auch so, dass er lieber bei der Provisorischen Rechnung etwas zu viel bezahle und danach eventuell etwas zurückbekomme.

**Christoph Müller, Seemattzopfweg 11, 6403 Küssnacht am Rigi.** Er wünscht, dass die RPK spezifisch, detailliert und substantiell erläutert, was sie mit der Aussage, Zitat:

*Gemäss unserer Prüfung werden bei der Vorlage des Verpflichtungskredit die gesetzlichen Grundsätze bezüglich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Haushaltsgleichgewicht nicht eingehalten.*

meine. Zudem wies er darauf hin, dass er sich nicht gerne in die Details der Küssnachter Politik einmische und erwähnt: „Geben sie das Geld klug aus, anstatt das Geld dumm zu sparen“.

**Pia Christen, Präsidentin Rechnungsprüfungskommission, Bodenstrasse 23, 6403 Küssnacht am Rigi.** Christen meint, dass sie so oder so Ausführungen getätigt hätte, nun sei sie gefordert. Als Co-Präsidentin der Rechnungsprüfungskommission könne sie das wiederholen, was Herr Müller gerade gesagt habe. Die RPK prüfe nur die Zahlen aufgrund der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und des Haushaltsgleichgewichts. Alle drei Punkte seien bei der Südumfahrung SüdPLUS infolge der unverhältnismässigen Kosten für die paar Meter nicht erfüllt (Buhen aus dem Publikum). Emotionen seien hier falsch am Platz, hauptsächlich bei der Tätigkeit der RPK. Emotionen seien das Eine, Finanzen das Andere. Die finanziellen Auswirkungen für den Bezirk wären übertrieben, es würden tatsächlich einige Projekte in der Zukunft erschwert. Christen sei sich auch ganz sicher, dass eine Steuererhöhung kommen würde und auch müsste. Sie habe aufgrund der Jahrgängerstatistik des Bezirks berechnet, dass zwischen dem Jahre 2025 und 2035 rund jeder fünfte, heute Erwerbsfähige in Rente ist und von dieser leben müsse. Die Einnahmen der Steuern würden sich deshalb verringern. Mit anderen Worten würden die Aktiven unsere Nachgenerationen nicht nur für die Sozialversicherungen und die Staatsabgaben tiefer in die Tasche greifen müssen. Sie habe noch zwei drei Worte aus privater Sicht. Sie sei auch Mutter und sie finde es eine finanzielle Zumutung für die nächsten Generationen. Die Initianten argumentieren, dass die Budgetierung zu hoch und die Sicherheits-Millionen, die man zurückstelle, zu viel seien. Dies aber im Wissen, dass es noch weitere und genauere geologische Abklärungen der Baugrundverhältnisse geben müsse. Mit den paar Versuchen, die man bereits durchgeführt habe, sei noch nicht klar, wie es aussehe. Sie erinnere sich sehr gut an den Abstimmungskampf des Jahres 2012, als die Initianten gesagt hätten, eine zweite Etappe tunneliert sei viel günstiger zu realisieren, als damals berechnet. Deswegen sei sie ein bisschen blauäugig, wenn man hier nicht schon das Budget richtig berechne und eine Teuerung berücksichtige. Sie empfehle aus diesen Gründen ein klares NEIN, der nächsten Generation zuliebe.

**Kaspar Gisler, Stadelmatt 1, 6403 Küssnacht am Rigi.** Zuerst hackt er bei Werner Christen noch nach. Per Zufall sei er vor 3 Wochen bei der neuen Unterführung gestanden. Dann sei noch eine zweite Person dazu gestossen und man kam ins Gespräch. Aus dem Gespräch ergab sich, dass der Gesprächspartner kein Küssnachter sei, aber die Bauführung mache. Auf die Frage, wie sie vorankämen meinte der Bauführer, dass ihnen die Seebodenstrasse sehr zu schaffen gemacht habe. Nun sei man in der sogenannten Seekreide und diese sei sehr hart. Nun kämen sie super vorwärts, sie könnten 2 Meter „rauskratzen“ und direkt danach könne man das Ganze ausschalen. Gisler meint, dass ja alle wissen, wo er wohne. An dieser Stelle habe man auch Bohrungen bis und mit 50 Meter in die Tiefe durchgeführt. Keiner sei näher an den Bohrlöchern gestanden als er. Einen Bezirksrat habe er dort nie gesehen. Er kenne jeden Meter, bis 10 Meter sei „Dreck“ und dann käme nur noch trockene Seekreide. Da verstehe er nicht, dass man fast 20 % auf das Projekt schlage, nur dass es einen Abstand zum alten Projekt gäbe.

Manchmal gebe es im Leben und der Politik Eckdaten, die sehr entscheidend seien. Der 17. Juli vor 5 Jahren sei so eines gewesen. Da habe man die Weichen für ein Jahrhundertprojekt gestellt, das den Namen auch verdient. Darum benütze er auch einmal die

Worte vom Alt-Bundesrat Ogi und sage: „Freude herrscht“. Gisler dankt den Initianten und meint, dass sie im Voraus einen würdigen Applaus verdienen. Wer hätte gedacht, dass man nach knapp 5 Jahren, nach dieser heissen Diskussion, die Möglichkeit bekommen, so ein gutes und gefreutes Projekt zu haben. Ein Projekt, das man eigentlich vor 5 Jahren gebraucht hätte, nämlich ein Loch in der Räbmatt und eines im Breitfeld. Wenn man das neue Projekt mit dem alten vergleiche, seien dies Welten. Es gäbe oben keinen Hügel, kein Landverschleiss, kein Viadukt über den Schickerbach und keine Steigung von 7% ... und und und. Er habe Mühe, dass der Bezirksrats meine, man könne sich das nicht leisten. Da habe es vor 5 Jahren noch ganz anders getönt, obwohl man schon damals gewusst habe, dass im Nachhinein nachgebessert werden muss. Das wäre auch nicht gratis gewesen.

Heute lägen aber Pläne und Berechnungen auf dem Tisch, die glaubhaft seien und man könne mit Überzeugung JA sagen. Ein gutes Projekt dürfe etwas Kosten, aber ein billiges schlechtes Projekt habe sich noch nie bewährt und man könne dies bei einem Jahrhundertbauwerk nicht brauchen. Er fasse zusammen: Unterstützt den Tunnel, und zwar heute und nicht erst in 50 Jahren. Zwei Löcher und ein Tunnel und die jetzige und nächsten Generationen werden dankbar sein. Man brauche keine weitere Strasse „oben durch“, es brauche keinen weiteren Wildkorridor. Die Rehböcke können jetzt, wenn sie Lust haben, von der Rigi hinab „gumpen“, und am See untern Wasser trinken und wenn sie in Zukunft Lust haben, können sie in die Bahnhofstrasse flanieren gehen. Er dachte, ein bisschen Humor zum Schluss tue allen gut, aber jetzt nehme er definitiv den Hut.

**Hanspeter Kennel, Lärchenweg 2, 6403 Küssnacht am Rigi.** Man habe gehört, und es sei auch bekannt, dass die Südumfahrung eine lange Geschichte sei. 2012 wurde die Vorlage ganz knapp abgelehnt. Der Grund dafür waren eventuell ein paar Schönheitsfehler. Ein paar Initianten von heute seien damals auch dagegen gewesen. Vielleicht habe man damals auch die Kosten ein bisschen unterschätzt Er glaube, all die Umstände dürfe man nicht vergessen. Jetzt stehe man vor diesem Projekt - das ist der nächste Schritt. Rund Fr. 116 Mio. soll dieses Projekt kosten. Zahlen seien immer relativ, das sei in etwa gleich viel, wie der Kanton jedes Jahr verloren habe, weil man auf Dividenden 75% Rabatt gab. Schlussendlich geht es um 34 Millionen – 34 Millionen sei etwa das, was der meist verdienende Küssnächter im Jahr erhalte. Das sei aber relativ. Ja, es sei ein Top-Projekt, der Tunnel bringe viel. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass keine Teuerung vorhanden sei. Zu Pia Christen meint Kennel: „Dieses Argument dürfe man nicht bringen Frau Christen“.

Man müsse auch berücksichtigen, dass die Steuerzahler nicht nur wegen den tiefen Steuern zuziehen, sondern weil es ihnen hier auch gefalle. Man höre auch, dass die Kinder diese Teuerung bezahlen müssten. Kennel meint, dass uns die Kinder auch Vorwürfe machen könnten, weil wir das Projekt nicht angegangen und realisiert hätten. Und weiter: „Wird es nicht langsam Zeit, die Dorfumfahrung umzusetzen, die schon so lange unterwegs ist.“ Die Umfahrung werde nicht nur für die Touristen, dass diese durch fahren können, realisiert. Die Umfahrung sei auch für den Bezirk wichtig. Klar könne man sagen, dass der Kanton Luzern etwas daran zahlen muss, aber wen es den Seegemeinden touristisch gut gehe, kommen die Gäste vielleicht in Küssnacht einkaufen und es käme allen wieder zu gute. Kenel glaubt, dass bei einer Nichtrealisation des zweiten Abschnittes der eine oder andere durch das Dorf fahre, vor allem diejenigen, die Richtung Luzern wollen. Er habe für den Dorfkern ganz andere Wünsche. Er möchte ein Dorfzentrum mit einem schönen Dorfplatz, ohne dass alle „dort durchfahren“. Denjenigen die bei einem NEIN meinen, man könne dann das Projekt 2012 nehmen entgegnet Kennel, dass auch dieses Projekt dann mehr kosten werde. Es sei noch nie etwas, das man verschoben habe, günstiger geworden. Angst sei ein schlechter Ratgeber, es werde einfach alles teurer. Kennel weiter: „Wenn mein Vater gewusst hätte, wie viel er, Kennel, für die Wohnung in Küssnacht bezahlt habe, hätte er wohl auch gesagt, „du spinnsch“.“ Der Kauf habe sich

aber gelohnt. Jeder, der in Küssnacht gebaut habe, lache ein paar Jahre später. Man habe in Küssnacht auch andere Beispiele, er erwähne die dem Bürger unterbreiteten und jeweils abgelehnten Parkhäuser. Jede Privatperson oder auch der Bezirk würde mit solchen Projekten eine Rendite erzielen. Zudem sei das Geld noch nie so günstig gewesen wie jetzt. Spreche man bereits jetzt von einer Steuererhöhung, so sei dies nicht die Realität, vor allem, wenn man dabei die Demografie zugrunde lege. Wer hätte vor 20 Jahren gedacht, dass er hier in Küssnacht lebe, ebenso könne der Zu- und Wegzug nicht genau prognostiziert werden. Er glaube, dass man auch vor 20 Jahren nie damit gerechnet habe, so viele Steuereinnahmen auszuweisen. Die Welt verändere sich, aber zum Glück meistens positiv.

Wenn man tatsächlich die Dorfumfahrung beenden wolle, dann könne man sie sich auch leisten. Zugegebenermassen, es sei ein Jahrhundertprojekt, es brauche etwas Mut. Für die Weiterentwicklung von Küssnacht sei die Umfahrung aber nötig, sei es im Bereiche der Dorfgestaltung, der Realisierung eines Parkhauses, für die Entwicklung des Gewerbes, der Restaurants und auch für alle anderen, die vom Dorf profitieren können, weil Küssnacht lebenswert sei. Kennel stellt in den Raum: „Wollen wir ein Steuerparadies mit ständigem Durchgangsverkehr durch das halbe Dorf sein?“ Er sei überzeugt, dass uns die Kinder später danken werden, weil es später viel günstiger erscheine, als es heute tatsächlich sei. Es gehe ja noch eine „Ewigkeit“ bis das Projekt fertig sei. Er beendet sein Referat mit dem Sprichwort: „Verschiebe nie auf morgen, was du heute kannst besorgen.“

**Bernadette Wasescha, Kantonsrätin, Luzernerstrasse 228, 6402 Merlischachen.**

Von den Vorrednern habe man schon einiges gehört. Sie werde sich kurz halten. Der Bezirksrat und die RPK hätten 2012 die Auswirkungen auf die kurz- wie langfristige Finanzlage des Bezirks als absolut tragbar nachgewiesen und damit das Projekt „Südumfahrung 2. Abschnitt“ als verkehrstechnisch notwendig gewertet und tatkräftig unterstützt. Darum sei es doch mehr als verwunderlich und inkonsequent, wenn der heutige Bezirksrat mit seinen Scheinargumenten dieses Projekt zur Ablehnung empfehle. Mit der weisen und aus heutiger Sicht sinnvollen, knappen Ablehnung der 2. Etappe vom 17. Juni 2012 der Südumfahrung Abschnitt 2 durch das Stimmvolk erhalte man nun am, 21. Mai 2017 erneut die Gelegenheit, über ein massiv verbessertes Projektes abstimmen zu können. Die SVP Küssnacht habe sich mit den Initianten „SüdPLUS“ an einer Sitzung intensiv mit dem heutigen Projekt auseinandergesetzt und habe die Kritikpunkte diskutiert. Die damalige Steigung, wie auch das Gefälle von 7,5%, welche die SVP damals empfindlich störten, würden mit der heutigen Variante (Anm. LS: Tunnel) von 1'100 m Länge von der Rämatt bis zum Breitfeld auf grandiose neu noch 2,4 % gesenkt. Ebenfalls wertete die SVP die durchgehende Tunnellösung und das damit erhaltene hochwertige Kulturland als ausgesprochen positiv. Die qualitativ höheren Nutzwerte und Optimierungen werten das SüdPLUS-Projekt markant auf. Die SVP unterstütze die vorgelegte, ausgereifte Lösung voll und ganz. Dies auch im Wissen, dass die Baukosten höher seien als noch vor fünf Jahren, denn: „Billiger werde es ja nie, das sei bereits klar“. Die Aufwertung des Bezirks durch dieses Projekt - und in einem Teil mindestens die eine Chance - zur Entlastung und Lösung des Verkehrschaos im Bereich Grepperstrasse sei gegeben. Kritik gelte es gegenüber dem Tiefbauamt, das mit Reservekosten von +15 %, in Fr. ca. 20 Mio. und dem damit willentlich massiv höher angesetzten Kostenvoranschlag, welcher auch im Kantonsrat schon mehrmals zu Diskussionen führte, anzubringen. Als Kantonsrätin wisse sie, dass die letzten Strassenbauprojekte des Kantons immer zu hoch berechnet und schlussendlich unter Budget abgeschlossen hätten. Zukunftsprognosen seien heute schwierig. Die Gegenwart zeige einen prosperierenden, auf die Zukunft ausgerichteten, bei der Bevölkerung beliebten Bezirk, welcher finanziell durchaus in der Lage sein werde, dieses Generationenprojekt zu verkraften und all die Vorteile einer durchgehenden Südumfahrung in der Zukunft zu nutzen. Im Moment stünden im Bezirk keine nennenswerten hohen Investitionen an und für Unwichtiges sei vom Bezirksrat schon oft viel Geld

ausgegeben worden. Danken möchte sie, wie auch von Kaspar Gisler vorhin angesprochen, den Initianten, welche sich für dieses Projekt in vielen freiwilligen, unbezahlten Stunden für den Bezirk und deren Bürger einsetzte und stark gemacht habe, während dem die Bezirksräte, Verwaltungsangestellten, Regierungsrat etc. dabei immer den vollen Lohn erhalten hätten. Dies müsse hier einfach auch mal erwähnt werden. Die SVP Geschäftsleitung unterstütze die optimale Lösung des vorliegenden Projektvorschlages SüdPLUS und empfiehlt ein starkes Ja an der Urne am 21. Mai.

**Dario Vötsch, Bodenweid 3, 6403 Küssnacht am Rigi.** Auch er möchte sich ebenfalls kurz halten. Bei der Südumfahrung 1. Abschnitt habe man eine gute Lösung, um den Knotenpunkt „Hauptplatz“ besser entlasten zu können. Mit dem 2. Abschnitt habe man sogar die ganze Grepperstrasse umfahren, auch wenn dies mehrheitlich von Greppern und Weggisern genutzt werde. Der Kostenaufwand von Fr. 120 Millionen sei einfach nicht tragbar. Dieses Projekt habe gegenüber dem Projekt 2012 sicherlich Vorteile, es seien Fehler behoben worden. Die Kosten müssen aber langfristig gestemmt werden können. Die „Jungen“ dürfen dies am Ende bezahlen, wie von Hans Lüthold erwähnt. Vötsch meint, dass dies schlichtweg nicht fair sei, wenn die Jungen einen so grossen Beitrag von fast Fr. 120 Millionen bezahlen müssen. Er denke, dass der Zeitpunkt nicht der Richtige sei. Es könnte sein, dass es in den nächsten Jahren auf nationaler, wie auch auf kantonaler politischer Ebene durchaus noch Änderungen mit Zuschüssen für solche Strassenprojekte geben könnte, die dem Bezirk in die Hände spielen. Vötsch geht es darum, den Beitrag, den Küssnacht aufwenden müsste, eventuell reduzieren zu können. Dass mit der Sanierung der Grepperstrasse das Problem auch nicht gelöst sei, sei allen schon klar. Mit dem Vorgehen habe man eine gute Übergangslösung, ohne dass man eine Steuererhöhung benötige. Man spreche mit der Variante SüdPlus für die Standortattraktivität von Küssnacht, was aber durch eine Steuererhöhung, die man durchaus erwarten müsse, entkräftet werde.

**Matthias Bachmann, Kantonsrat, Husmattweg 31, 6402 Merlischachen.** Am vergangenen Donnerstag habe sich die CVP zur Mitgliederversammlung getroffen und ohne eine Gegenstimme ja zu Initiative gesagt. Man habe sich vom Projekt überzeugen lassen, welche das Kulturland schone und das Landschaftsbild dadurch intakt bleibe. Für die CVP sei es zukunftsgerichtet und ein Ja bringe tatsächlich ein Mehrwehrt gegenüber dem Projekt 2012. Es sei logisch, dass es dank diesem Mehrwert auch ein bisschen mehr kosten werde. Über 50 Jahre sei diskutiert worden. Vielleicht sei das auch gut gewesen, denn das Projekt, welches jetzt vorliege, sei das Beste. Er möchte nicht wissen wie es heute aussehen würde, wenn man dem Projekt von damals zugestimmt hätte. Man wäre heute auch nicht zufrieden. Hand auf das Herz: er habe 2012 zu Umfahrung Ja gesagt. Man habe aber den Abstimmungskampf knapp nicht gewonnen. Der Bevölkerung sei aber versprochen worden, dass bei einer Annahme Teile zusätzlich überdecken werde. Diese Kosten seien nicht berücksichtigt worden. Man könne also heute nicht einfach sagen, das Projekt sei zu teuer. Auch Bachmann dankt den Initianten, dass sie nach der Abstimmung 2012 nicht aufgegeben, sondern weiter gemacht haben. Er meint, dass er damals den Biss nicht gehabt hätte. Die alten Herren, Bachmann entschuldigt sich für den Ausdruck, aber im Alter werde man weise, die weisen Herren hätten weiter gemacht. Heute stehe man mit einem Projekt da, bei dem man sagen könne, dass es gut aussehe. Der Kanton staune ab Küssnacht, was hier reicht werde. Man schaue, was in Pfäffikon, Freienbach oder Wollerau passiert. Leute, die Geld haben, die nicht wissen, was man mit dem Geld alles anfangen könnte, seien nicht in der Lage, die Verkehrsprobleme zu lösen. Die würden sich nicht einig, haben keine Visionen, haben „Garnichts“. Sie streiten sich um Kosten von Fr. 10 Mio. und wenn er, Bachmann, darauf hinweise, dass in Küssnacht Beiträge von Fr. 100 oder Fr. 110 Mio. anstehen, dann staunen sie. Dank den weisen Herren sei man heute in der Lage, über das Projekt abstimmen zu können. Jetzt sei „Matthäus zum Letzten“. Wird die Grepperstrasse dann saniert, werde man wohl kein solches Angebot mehr bekommen. Man sei nun im Strassenprogramm des Kantons Schwyz. Es

brauche nun ein Ja der Küssnachter Bevölkerung, dann gehe es weiter, dann könne man nach Bern gehen und klären, ob es Beiträge aus dem NAF gebe. Man könne dies nicht vorher abklären und einfach sagen, man „habe ein Projekt“. Die Megger können auch nicht sagen, die Küssnachter fahren immer durch Meggen, um nach Luzern zu gelangen. Diese Diskussionen können auf nationaler Ebene nicht geführt werden. Bachmann weiter: Der Bezirksrat sei heute ja nicht immer gut „Weggekommen“. Man müsse ihn aber schon verstehen, dass er den Warnfinger aufhebe und darauf hinweise, dass es dann vielleicht schon ein bisschen zu teuer sei. Es liege nun aber am Souverän. Man könne Visionen haben und mutig sein und am 21. Mai 2017 JA stimmen, genau das wünsche er sich: Visionen, Mut für die Zukunft.

**Säckelmeister Hansheini Fischli.** Nachdem der Bezirksrat angesprochen werde und man bereits 1,5 Std. diskutiert habe, nehme er als Säckelmeister Stellung. Er habe keine Frau zuhause, die ihm auf die Finger schaue, er sei in finanziellen Sachen völlig autonom. Zweitens schaue er auch nicht auf seine Wiederwahl, weil er nicht mehr antreten werde. Er habe bis jetzt zugehört und er habe das Gefühl, bereits an der Informationsveranstaltung vom 27. April 2017 und nicht an der Bezirksgemeinde zu sein. Ein Redner bilde die Ausnahme. Er müsse wichtige Tatsachen konkret aufzeigen, die der Sprecher der Initianten bezüglich der Umfahrungsstrasse elegant umfahren habe. Einmal sei der Betrag genannt worden, um den es heute gehe, nämlich um die Mehrkosten von Fr. 34 Mio. im Vergleich zum Projekt 2012. Als man damals über den Planungskredit abgestimmt habe, hätten die Initianten und andere argumentiert, dass man noch nicht wisse, dass das kosten werde. Über Aussagen von Personen, er nenne keine Namen, würden nicht mit den Aussagen von damals übereinstimmen – er habe das Bezirksgemeindeprotokoll dabei. Vielleicht haben diese Personen ein nicht so gutes Kurzzeitgedächtnis oder es passe einfach nicht in die heutige Position. Am Ende komme es immer auf das Gleiche hinaus. Das Projekt koste Fr. 34,4 Millionen mehr und das wollen gewisse Leute einfach nicht hören. Der Bezirksrat habe bei der Initiative, beim Planungskredit und heute immer das Gleiche gesagt, dass man davon ausgehen könne, dass eine durchgehende Tunnellösung immer mehr koste als das Projekt 2012. Man habe dem Bezirksrat damals gesagt, dass man das gar noch nicht sagen dürfe. Zuerst müsse man die Kosten einmal berechnen und genau das sei nun das Ergebnis. Es koste Fr. 34,4 Million mehr, das sei die Tatsache. Zudem handle es sich um eine Finanzvorlage und über die Kosten müsse deshalb gesprochen werden.

Die Medien hätten in letzter Zeit verschiedene Zahlen in die Welt gesetzt, die er richtig stelle. Die Zahlen seien nicht korrekt, nur weil sie in der Dorfzeitung und anderen Zeitungen abgedruckt wurden. Die Initianten haben unter anderem gesagt, dass der Abschnitt 1 im Jahr 2020 noch ein Restwert von Fr. 9 Mio. habe. Anhand der ersten Folie ist ersichtlich, dass die von den Initianten gegenüber der Presse genannten Fr. 9 Mio. grundlegend falsch sind. Die blaue Linie zeige die Investitionen im Zusammenhang mit dem Abschnitt 1, inkl. FLAMA. Im Rechnungsjahr wird ein Betrag von Fr. 12 Mio. ausgewiesen. Die rote Kurve zeige die Entwicklung der Abschreibungen und die hellgrünen Balken bilden den Restwert des Abschnittes pro Jahr ab. Der Restwert im Jahre 2020 betrage Fr. 40 Mio. und nicht Fr. 9 Mio. – eine Abweichung von Fr. 31 Mio. So grosszügig gehe man aus Sicht der Vorredner mit den Kosten um. Das Projekt müsse aus Sicht der Redner angenommen werden, koste es was es wolle. Der Bezirksrat und die Rechnungsprüfungskommission haben aber eine andere Aufgabe, nämlich die Wahrung der Sorgfaltspflicht. Aufgrund der Funktionen ist zu prüfen, ob ein Kredit oder eine Investition tragbar ist oder nicht. Der Bezirksrat sei aufgrund der berechneten Kosten klar zum Ergebnis gekommen, dass das Projekt nicht tragbar sei. Die folgende Folie 2 zeige die Entwicklung der Südumfahrung Abschnitt 1 und Abschnitt 2 im Zeitraum von 2022 bis 2036. Die dunkelblaue Kurve zeige wiederum die Investitionen pro Jahr. Anhand der linken Skala sehe man, wie hoch die Investitionen pro Jahr sein werden. Ab dem Jahr 2027, immer unter der Annahme des 2. Abschnittes durch den Souverän, den Kantonsrat oder die Schwyzer Kantons-

bevölkerung, steigen die Beträge. Im Jahre 2028 betragen die Investitionen Fr. 15 Mio. im Jahr. Die Tabelle ist in der Botschaft abgedruckt. Nach der Bauvollendung im Jahr 2034 gehen die Investitionen auf Null zurück. Die Abschreibungskurve in rot bewegt sich vom Jahre 2022 von zirka Fr. 3.8 Mio. bis auf etwa Fr. 8 Mio. im Jahre 2034, immer für den 1. Abschnitt und 2. Abschnitt. Der Bezirk erbringe Abschreibungen, inkl. Infrastruktur von insgesamt selten über Fr. 8 Mio. pro Jahr.

Es sei auch nicht so, dass der Bezirk in den letzten Jahren gespart habe. Auch diese Behauptung sei falsch. Im Gegenteil, der Bezirk habe in den letzten Jahren immer um die Fr. 10 – 20 Mio. investiert und nicht im Durchschnitt Fr. 20 Mio., auch dies wiederum eine falsche Zahl der Initianten. Fischli zählt die bewilligten Investitionen der verflossenen Jahre auf, nämlich: Südumfahrung 1. Abschnitt, Alters- und Pflegeheim Sunnehof, Werkhof, Bahnhof, Strandbad Seeburg, Strandbad Merlischachen, Strandbad Immensee, usw. Damit ist erwiesen, dass der Bezirk in den letzten Jahren eine sehr hohe Investitionstätigkeit hatte. Zu was habe dies geführt? Fischli zeigt dazu die nächste Grafik über die Schuldenentwicklung. All diese Investitionen hätten zu einem deutlichen Anstieg der Schulden geführt. Im Moment liege der Schuldenstand bei rund Fr. 50 Mio. Das sei in der Grafik leider nicht genau angegeben, da der Stand von 2016 abgebildet sei. Zähle man das Jahr 2017 dazu, seien die Fr. 50 Mio. ausgewiesen, zur Zeit leicht mehr, weil der Bezirk ein neues Darlehen von Fr. 5 Mio. aufgenommen habe. Fischli erläutert die blaue Kurve der Investitionen abzüglich Abschreibungen. Ab der Vollendung des 1. Abschnitts im Jahre 2021 gebe es eine kurze Erholungsphase bis 2027. Im Jahr 2020 liege die Verschuldung voraussichtlich bei Fr. 65 Mio. Die folgenden Jahre müsse man nutzen um Schulden abzubauen. Es könne nicht sein, dass ein Gemeinwesen hohe Schulden habe. Im Moment seien die Schulden infolge des sehr günstigen Zinsumfeldes nicht sehr teuer. Wie aber die Zinsen in 10 Jahren sein würden, könne man heute nicht wissen. Es sei aber davon auszugehen, dass die Zinssätze wieder anziehen werden. Und wenn dies der Fall sei, dann koste es nur noch. Anstatt das der Bezirk die Schulden abbauen könne, würde er mit Annahme des 2. Abschnitts diese Verschuldung sofort bis 2034 hochtreiben. Nach Vollendung des 2. Abschnitts hat der Bezirk Fr. 82 Mio. Schulden. Wer so Schulden mache, lebe über den Verhältnissen. Deshalb sei der Bezirksrat der Meinung, auch wenn die Vorlage technisch interessant sei, dass diese finanziell nicht tragbar sei. Der Bezirksrat habe sich bezüglich Aussagen zu den Steuern zurückgehalten.

Die Initianten liessen aber verlauten, dass die Realisierung sogar ohne Steuererhöhung gehen werde. Wie dargestellt, erfolgte die Aussage aufgrund von falschen Zahlen, Restwerten und Buchwerten, die in Umlauf gesetzt wurden. Deshalb kann behauptet werden, dass die Realisation des 2. Abschnitts nicht ohne Steuererhöhung gehen werde. Man müsse sich auch fragen, ob ein einziges Projekt solche Steuererhöhungen rechtfertigen würde. Der erste Redner habe gesagt, dass er den Jungen ein Angebot machen würde. Fischli würde als Junger dieses Angebot ablehnen, im Jahre 2034 einen solchen Schuldenberg zu übernehmen. Obwohl die Jungen an der Bezirksgemeinde relativ spärlich vertreten sind, rät ihnen Fischli, zuhause nochmals zu überlegen, ob sie der Vorlage zustimmen wollen. Es sei eine Vorlage vor allem zulasten der Jungen. Kommende Generationen würden übermässig belastet, weshalb der Verpflichtungskredit nicht tragbar sei.

Er verstehe die Initianten, die sich zum Teil im höheren Alter befinden und sich während 50 Jahren, zum Teil direkt, mit dieser Südumfahrung befasst haben. Bezahlen müssen es primär aber die anderen. Dabei sei es immer einfach zu sagen, es ist die letzte Chance - es sei überhaupt nicht die letzte Chance, selbst wenn man die Vorlage am 21. Mai ablehne.

**Bezirksammann Michael Fuchs** weist darauf hin, dass es selbstverständlich wichtig sei, dass die Zahlen korrekt darstellt und auch korrekt angeschaut werden. Es gehe um zu viel Geld, als dass man damit spielen könne. Egal welche Meinung man habe, die Zahlen müssen korrekt wiedergegeben werden.

**Alois Tschopp, Bürgerstockhöchi 7, 6403 Küssnacht am Rigi.** Er stellt zwei Fragen zur Finanzierung. Es gehe zweifellos um einen grossen Betrag. Er glaube aber, dass sich Vorsorgeinstitutionen die Finger schlecken würden, ein solches Projekt finanzieren zu können. Das sei eine absolut sichere Sache. Tschopp richtet die Frage an den Bezirksrat, ob man mit entsprechenden Vorsorgeinstitutionen bereits gesprochen habe. Das Zweite, das ihn interessiere sei die Amortisationspraxis. Betrachte man die Botschaft, so werde, obwohl man im Falle der Südumfahrung von einem Jahrhundertprojekt spreche, der Betrag immer in einer Generation amortisiert. Warum könne man dies nicht anders handhaben und über zwei, drei Generationen amortisieren? Ihm sei klar, dass man an Gesetze gebunden sei. Lohne es sich nicht, das Gesetz für ein solches Projekt anzupassen?

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt zu den Fragen von Alois Tschopp Stellung. Der Bezirk habe noch nie projektbezogen mit Finanzinstituten über Kredite gesprochen. Man weise in den Finanzen Schulden aus, die mit Beträgen nicht projektbezogen refinanziert werden. Der Bezirk könne nicht auf ein einzelnes Projekt hin irgendwelche „Deals“ mit Finanzinstituten abschliessen. Der Amortisationssatz sei schon im 2012 ein Thema gewesen. Damals sei man gemäss Aussagen des Kantons von einem viel tieferen Amortisationssatz von 2,5 % ausgegangen. Die Änderung erfolgte nicht. Die Gemeinden, gerade eben auch in der Ausserschwyz und der Kanton waren der Meinung, den Amortisationssatz bei 8 % zu belassen. Der Bezirk habe sich an diese gesetzliche Vorgabe zu halten. Damals war man vielleicht zu optimistisch, dass die Senkung angenommen werde. Die Amortisation bleibt bei den 8 %, dafür wurde der Zinssatz der Verzinsung auf 1 % reduziert. Momentan habe man auch eine „Wahnsinnig“ gute Zinslage, wenn jemand aber bestätigen könne, dass diese auch im 2035 noch genau gleich gut sei, so wäre diese Person ein sehr guter Finanzfachmann. Man habe eine ausgeglichene und gute Grundlage bei der mittleren Verzinsung und Amortisation (1 % und 8 %). Andere Zinssätze können jedoch nicht in der Botschaft abgebildet werden.

**Armin Knüsel, Vorbreitfeld 12a, 6403 Küssnacht am Rigi.** Er führt eingangs aus, dass er die Angelegenheit sachlich beleuchten werde und nicht emotional. Bevor er zum eigentlichen Thema komme, starte er mit der Calendariaspange. Er habe einen Leserbrief zur Calendariaspange geschrieben, die Reaktionen waren überwältigend. Alle Bewohnerinnen und Bewohner von Küssnacht hätten ihm mitgeteilt: „Wo bleibt der gesunde Menschenverstand, wo bleiben die Wildtiere“. Es wurde unnötig viel Geld ausgegeben, für etwas, das man gar nicht gebraucht habe. Küssnacht brauche aber den 2. Abschnitt. Er habe nichts gegen die Calendariaspange, aber so, wie diese gebaut worden sei, gehe das nicht. Das zweite, erst kürzlich realisierte Projekt sei die Verschiebung der Bushaltestelle Honegg direkt auf die Grepperstrasse. Aufgrund der Verschiebung könnte man meinen, dass der 2. Abschnitt Südumfahrung nächstens eröffnet werde. Aber davon sei man noch weit entfernt. Es verunsichere ihn, absichtlich Verkehrsstaus zu produzieren und damit die Sicherheit zu gefährden. Der eine oder andere Automobilist versuche sicher, den Bus zu überholen. Dazu komme der Mehrverkehr infolge der Überbauung Spätler, aber auch wegen der Bautätigkeit in Greppen und Weggis. Es gebe ein Grundsatz und dieser laute: Alles was man verändert, muss mindestens so sein wie es war oder besser. Auch hier wurde neben den negativen Auswirkungen unnötig Geld ausgegeben - nicht grosse Beträge, aber Kleinvieh mache auch Mist. Nun zum Abschnitt 2 der Südumfahrung. Es gehe nicht um ein JA oder ein NEIN, es gehe nur um das wann. Mit der vorgelegten Linienführung, ohne Berg und Talfahrt, habe man nun ein Projekt, das Sinn mache. Und er sei der Meinung, dass die „weisen“ Herren noch einmal einen tosen-

den Applaus bekommen (Applaus). Ob man nun 10, 50 oder 100 Jahren warte, die Bodenbeschaffenheit bleibe immer gleich, aber die Bautätigkeit werde immer teurer, es koste immer mehr. In 100 oder 200 Jahren interessiere sich niemand mehr, wieviel es gekostet hat. Es gehe letztlich darum, wann sie realisiert worden sei, ob dies OK sei. Bei einer Ablehnung werden unsere Nachkommen sagen: Was haben die sich nur gedacht im Jahre 2017, dass man dem Projekt nicht zugestimmt habe.

Knüsel kommt noch auf den zusätzlichen Risikobetrag von rund Fr. 20 Mio. zu sprechen. Das sei unglaublich. Er sei in einem Grossunternehmen tätig, in welchem er auch budgetiere. Wenn er auch 10% bis 15% drauf schlagen würde, hätte sein Budget nie die Chance, dass es angenommen würde. Auch sie hätten eine sehr grosse Bautätigkeit und man könne nicht einfach 10% bis 15% darauf schlagen. Der Verwaltungsrat würde dem nie zustimmen. Ein so grosses Projekt wie der 2. Abschnitt brauche einfach ein bisschen Mut und man müsse zu diesem Projekt JA sagen können. Knüsel weiter: „Geschätzte Damen und Herren, nehmen wir doch die Chance wahr und bauen den 2. Abschnitt, weil wir es uns und unseren Nachkommen schuldig sind. Verpuffen wir nicht die Energie um dieses Projekt zu verhindern, sondern benützen wir diese Energie um diese Projekt verwirklichen zu können. Ich fordere Sie nun alle auf am 21. Mai ein grosses JA in die Urne für unser Dorf Küssnacht einzulegen, damit wir weiterhin auf unseres Dorf und die Verkehrspolitik stolz sein können“.

**Severin Isenschmid, Co-Präsident FDP, Rigigasse 31, 6403 Küssnacht am Rigi.** Die FDP-Küsnacht habe die NEIN-Parole gefasst. An der Versammlung sei dies überdeutlich gewesen. Einerseits aus diesen Gründen die Dario Vötsch bereits vorgängig erläutert habe, andererseits aber auch aus weiteren Gründen, über die er jetzt sprechen werde, obwohl eine überwältigende Mehrheit dafür sei. Auffallend, dass viele sagen, über die Kosten werde nicht gesprochen. Isenschmid thematisiert aber die Kosten. Beim Technischen, da sei man sich einig, hätten die Initianten gute Arbeit geleistet. Der „Rolls Royce“ sei immer ein gutes Projekt, vor allem, wenn es andere bezahlen. Die Frage ist, ob man am Ende des Tages das Projekt ohne massive Steuererhöhung finanzieren könne. Die FDP spreche sich deutlich gegen eine Steuererhöhung aus. Der Standortvorteil dürfe nicht einfach aufgegeben werden. Betrachte man die Aussagen der Stellen, die die Zahlen kennen. Die RPK, wie gehört, präsentiere ein vernichtendes Urteil, auch der Bezirksrat und der nicht mehr zur Wiederwahl antretende Säckelmeister, der keine eigenen Interessen habe und auf der anderen Seite des Sees wohne, lehnen das Projekt ab.

Der Bund habe das Kosten-/Nutzenverhältnis ebenfalls geprüft und entschieden, dass wir nichts aus dem NAF bekommen. Niemand habe sich gegen die Initianten verschworen, die Wahrscheinlichkeit sei aber eher, dass man das Projekt tatsächlich nicht finanzieren könne. Zu den 20% Reserven. Die Reserven, die auch ein bisschen gesenkt wurden, seien in den SIA- Normen vorgeschrieben und würden nicht zum Spass festgelegt. Man habe sich diesbezüglich beim Tiefbauamt erkundigt, man könne dies ohne weiteres noch einmal machen.

Zur Zahlenspielerei im letzten Freier Schweizer: Plötzlich koste SüdPlus gleich viel wie die Variante 2012. Er wolle sich dazu nicht äussern. Grundsätzlich – er komme ja nicht von der technischen Seite – könne eine Volltunnellösung nicht gleich viel kosten wie eine Teiltunnellösung. Das würde ihn schon wundern. Es gebe noch Massnahmen, die früher umgesetzt würden, nämlich die Sanierung der Grepperstrasse, wo dann Lärmschutzwände angebracht werden. Das wäre sicher auch gut für die Anwohner. Diskutieren könne man auch z.B. über die Grepper und Weggiser, die einfach gratis durch fahren können. Machen wir es wie die Luzerner und stellen ein Lichtsignal auf. Jedenfalls sei der 2. Abschnitt nicht die einzige wahre Lösung. In der Pressemitteilung der Initianten, der Säckelmeister habe es bereits erwähnt, stehe drin, dass man es ohne Steuererhöhung realisieren könne. Isenschmid finde es beeindruckend, dass man dies bereits jetzt schon

wisse. Baubeginn 2028, Abschluss 2035 und Amortisation über das Jahr 2050 hinaus, mit diesen Vorgaben könne man doch nicht ernsthaft behaupten, dass man jetzt schon wisse, dass es keine Steuererhöhung geben könne. Die Aussagen finde er sehr fragwürdig. Über die nötigen Abschreibungen und Verzinsung sei orientiert worden. Die amerikanische Notenbank habe gerade den Leitzins erhöht. Man könne nicht davon ausgehen, dass man in 20 Jahren immer noch den genau gleich tiefen Zinssatz habe. Alle Nationalbankpräsidenten sagen, dass dies nur vorübergehend sei, das ändere sich wieder. Vielleicht wissen sie, die Nationalbankpräsidenten, es auch nicht genau, aber sicherlich besser als Isenschmid.

Isenschmid spricht das Generationenproblem an. Die erhebliche Steuererhöhung, und diese gebe es seiner Meinung nach, wer bezahlt diese? Wer bezahlt die Steuern in 30 Jahren als Erwerbstätiger und, bei aller Liebe, wen er nun im Saal umher schaue, seien dies relativ wenige. Darum müsse man sich genau das, was Säckelmeister Hansheini Fisch vorhin gesagt habe, fragen: Will man den Jungen ein bestehendes Verkehrsproblem oder einen riesigen Schuldenberg hinterlassen? Und Neues unternehmen könne man nicht mehr. Projekte müssen noch nicht definiert sein, weil man in den nächsten 10 – 15 Jahren nicht genau wisse, was in Angriff genommen werden müsse. Er und die FDP wollen diesen Schuldenberg nicht.

Noch zum Schluss zur viel gesagten letzten Chance. Genau die Initiative zeige, dass es nicht die letzte Chance sei, man könne jederzeit wieder eine Einzelinitiative einreichen, vielleicht zu einem Zeitpunkt, wenn der Bund oder die Gemeinden Greppen und Weggis Beiträge leisten. Vielleicht ist das heute unrealistisch, aber in 20 Jahren vielleicht nicht. Jedenfalls finden es die FDP und Isenschmid klar zu teuer. Er ersucht alle, auch für die Jungen allen auch für die Jungen und ihre Nachkommen ein Nein in die Urne zu legen.

**Urs Baumberger, Alt-Bezirksammann und Initiant, Seemattzopfweg 1, 6403 Küssnacht am Rigi.** Eigentlich hätte er lieber zur technischen Seite des Projektes Stellung bezogen, aber der Säckelmeister habe ihn ein bisschen heraus gefordert. Er wisse ganz genau, dass man in der Botschaft 2012 mit 8% Abschreibung gerechnet habe. Man sei von diesen 80 Millionen ausgegangen. Baumberger hätte eine Tabelle erwartet, aus welcher man die Auswirkungen dieser Fr. 30 Mehr-Mio. sehen könnte. Bei den Fr. 80 Mio. war der Bezirksrat dafür. Fr. 30 Mio. mehr, da hätten ihn die Auswirkungen auf die Rechnung interessiert. Im Weiteren habe der Säckelmeister erwähnt, dass der Bezirk ein Eigenkapital von rund Fr. 47 Mio. ausweise. Er sei nicht der Meinung, dass man all das Geld in die Südumfahrung investieren sollte, aber ein Teil wäre dort sicherlich gut verstaut. Es sei so oder so nicht richtig, dass ein Gemeinwesen so ein grosses Eigenkapital über all diese Jahre horten dürfe. Im Prinzip werde eine ausgeglichene Rechnung vom Kanton gefordert. In absehbarer Zeit gebe es ein neues Rechnungsmodell, nach welchem die Bezirk- und Gemeinwesen Reserven schaffen dürfen. Man könnte auch eine Botschaft erstellen, nach welcher man legal Mittel für den 2. Abschnitt über einen längeren Zeitraum auf die Seite legen könnte, sodass man die hohen Abschreibungssätze vermeiden kann. Im NAF sei zudem enthalten, dass man das Geld auch für Ortsumfahrung benutzen dürfe. Man dürfe natürlich nicht sagen, dass es nicht gehe, bevor man etwas unternommen habe. Wenn der Souverän zustimme und die Regierung mit dem Bezirksrat sich Mühe geben, sei dieses Projekt sicherlich beitragswürdig. Er sei voll und ganz überzeugt und froh, wenn die Verantwortlichen den nötigen Einsatz leisten würden. Er hoffe das JA gestimmt werde. Im Weiteren werde immer mit den Steuererhöhungen Angst geschürt. Baumberger weiter: „Haben Sie gewusst, dass man im Bezirk Küssnacht zwischen den Jahren 2001 und 2016 die Steuern um 34% gesenkt hat“.

Hans Lüthold war im Jahre 1992 Bezirksammann und man habe hier im Monséjour eine Steuererhöhung diskutiert. Poldi Mantz war Säckelmeister und hat diese turbulente Sitzung erlebt, die bis am Morgen 1 Uhr ging, weil man sich wegen einer Steuererhöhung in

den Haaren gelegen ist. Es sei nicht einfach, er gebe dies zu, aber wenn man innert 15 Jahren um 34 % tiefer gehen konnte sei es sicherlich kein Unglück, wenn man irgendwann den Steuerfuss wieder ein bisschen anheben müsse - vor allem, wenn man etwas dafür bekommt. Das Geld werde nicht „verdummt“, man bekomme einen Mehrwert für die ganze Bevölkerung. Es gebe dadurch auch Wachstum und alimentiere die Bezirkskasse auch wieder. Über die Finanzen werden sich die Initianten ein bisschen unterhalten und auch am 27. April darüber sprechen. Baumberger werde auch die Rechnung mit den Fr. 30 Mio. nochmals vornehmen. Er persönlich bearbeite lieber Statik oder technische Projekte als finanzielle. Man komme aber nicht darum herum, schlussendlich sei ein Projekt vorhanden. Es sei ein gutes Projekt aber man benötige dafür Geld. Er ersucht alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger es zu überlegen, den Mut zu fassen und ein Ja in die Urne zu legen.

**Bezirksrat Oliver Ebert** orientiert über den NAF und den Kanton. Er präzisiert, dass der Kanton Schwyz zum Projekt nicht JA gesagt habe. Regierungsrat Othmar Reichmuth habe JA gesagt. Aber das Projekt müsse noch vor den Kantonsrat oder allenfalls vor die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger des Kantons Schwyz. Ebert bedankt sich bei allen Kantonsräten des Bezirk Küssnacht herzlich, die unter der Leitung von Matthias Bachmann am 21. Februar 2017 eine kleine Anfrage betreffend NAF an den Regierungsrat eingereicht hätten. Fragestellung: Welche Auswirkung hat der NAF auf den Bezirk Küssnacht.

Am 14. März ist von Regierungsrat Othmar Reichmuth und vom ganzen Regierungsrat die Antwort eingegangen. Ebert liest vor:

*Frage: Welche Chancen ergeben sich aus dem Abstimmungsresultat vom 12. Februar 2017 in Bezug auf die Finanzierung der Südumfahrung Abschnitt 2.*

*Die Antwort des Regierungsrates: Mit der Annahme des NAF ergeben sich keine neuen Chancen für die Finanzierung der Südumfahrung Küssnacht Abschnitt 2. Der Abschnitt 1 der Südumfahrung ist ein Bestandteil des Agglomerationsprogramms 2. Der Bund hat dieses Projekt aufgrund des Kosten-/Nutzenverhältnisses als nicht beitragsberichtig eingestuft.*

Es sei daher fraglich, ob der Bund ein Projekt mit höheren Kosten besser bewertet. Er glaube, dass man sich an die Fakten halten müsse, die jetzt vorliegen. Zum Abschnitt 1 der Südumfahrung: Er finde es super, wenn die Herren Kaspar Gisler und Werner Christen die Baustelle anschauen. Er meint an alle gerichtet: „Machen Sie das auch“. Wenn aber Detailinformationen zum Finanzierungsstand und Fortschritt gewünscht werden, soll man sich an ihn oder den Bezirksrat wenden. Fragen sie nicht einen Mineur – diese sind sehr wichtig, sie sind es, die den Tunnel bauen – aber über den Planungsstand werden sie nicht direkt Auskunft erteilen können.

Das Angebot an Werner Christen und Kaspar Gisler: Bezirksrat Ebert ist bereit, mit ihnen die Baustelle zu begehen und das Planungsbüro zu besichtigen. Der Kanton sei Bauherr und habe die Kostengenauigkeit von +/- 15 % fixiert. Beim Abschnitt 1 liege man sehr genau in den prognostizierten und budgetierten Kosten.

Ebert nimmt das Votum von Armin Knüsel in Bezug auf den Wildtierkorridor, die Calendariaspange, der Bushaltestelle Honegg und den Fussgängerstreifen beim Sumpf auf. Die Ortsplanungs- und Verkehrskommission des Bezirk Küssnacht sei mit diesen Projekten auch nicht einverstanden gewesen. Man habe sich auch gewehrt, sei aber grösstenteils abgeblitzt, weil es am Ende Kantonsstrassen sind und der Kanton auch der Bauherr sei. Ebert versichert aber, dass alle Anliegen ernst genommen und diese immer an den Kanton weiter gegeben würden. Es haben auch schon Begehungen mit der Polizei, dem

Kantonsingenieur und der BFU stattgefunden. Das Resultat betreffend Calendariaspanne sei noch ausstehend. Aber zurück zu Traktandum 3. Die Frage des Agglomerationsprogramms sei vom Regierungsrat beantwortet. Ist-Stand: Man bekomme nichts.

**Bezirksammann Michael Fuchs** bedankt sich für die weiteren Ausführungen. Der Säckelmeister habe sicherlich noch ein paar Zahlen, die er bereinigt haben möchte. Fuchs verweist auf die Seite 53 der Botschaft, auf welcher die Situation betreffend Nettovermögen und Nettoverschuldung dargestellt ist. Er denke, dass man bei der Gegenüberstellung die rote Linie sehe und realisiere, wo man heute stehe und wie die Entwicklung weitergehen werde. Es sei Vorsicht geboten. Wenn man mit Finanzzahlen operiere, sollte man diese auch richtig vor Augen haben.

**Säckelmeister Hansheini Fischli** möchte nicht mehr gross mit Zahlen operieren, sondern ein paar Antworten auf das Votum Baumberger geben. Es sei ihm hoch anzurechnen, dass mindestens er davon ausgehe, dass es ohne Steuererhöhung nicht gehen könne. Da seien sich die Initianten untereinander offenbar uneinig. Führe man sich die vorher gezeigten Grafiken vor Augen – insbesondere die Abschreibungen, die der 2. Abschnitt bewirke und unter Berücksichtigung, dass der 1. Abschnitt noch nicht ganz abgeschrieben sei – werde das die Rechnung des Bezirks Küssnacht nicht verkräften.

Urs Baumberger habe auch gesagt, dass damals der Bezirksrat im Jahre 2012 einen Ja-Empfehlung abgab - das sei richtig. Betrachte man die damalige Botschaft, sei der Bezirksrat aufgrund von Angaben der Finanzverwaltung des Kantons davon ausgegangen, dass das Projekt mit 2.5 % abgeschrieben wird. Man ging auch von einer linearen und nicht degressiven Abschreibung aus, weil davon ausgegangen werden könne, dass ein Strassen-Bauwerk, welches so viel koste, auch mindestens 50 Jahre halte oder sogar länger. Es wäre längstens nötig, dass man das Finanzhaushaltsgesetz für Gemeinden und Bezirke anpassen und die Abschreibungssätze reduzieren würde. Dies wurde im Kantonsrat schon beraten, war aber chancenlos. Es waren damals hauptsächlich die Ausserschwyzer Gemeinden und der Bezirk Küssnacht, welche grössere Bauprojekte hatten, dafür, alle anderen Gemeinden waren klar dagegen. Der Grundsatz des Kantons lautete, man solle nur die Ausgaben beschliessen, die man selber finanzieren könne, das heisst, man solle einen hohen Abschreibungssatz festlegen, damit sich die Gemeinwesen nicht übermässig verschulden. Fischli ist der Ansicht, dass nach wie vor 2.5 % linear besser wären. Man könne aber nichts ändern und der Abschreibungssatz bleibe weiterhin bei 8%. Der Bezirksrat sei, neben den Mehrkosten von Fr. 34.4 Mio., auch aus diesem Grund dagegen, weil es den Abschreibungsaufwand überfordere. Weiter habe Baumberger erwähnt, dass er und Poldi Manz als sie im Bezirksrat waren, damals eine Steuererhöhung durchgebracht hätten. Er zweifle daran, dass es eine Aufgabe des Bezirksrats ist, eine Steuererhöhung durchzusetzen. Die Aufgabe des Bezirksrates sei es, die Steuern stabil zu halten oder zu reduzieren. Das habe man gemacht und das sei so.

Seit 2011 sei der Steuerfuss stabil bei 165 Einheiten. Es sei nicht so dass man in den letzten Jahren die Steuern immer reduziert habe. Es seien viele Investitionen getätigt worden und aus Sicht des Bezirksrats sei auch keine Steuerreduktion nötig gewesen. Interessant sei aber, dass die Steuerbeträge mit dem sinkenden Steuerfuss gewachsen sind. Er zweifle aber, dass es umgekehrt auch so wäre, dass bei Steuererhöhungen die Einnahmen steigen. Es könne durchaus sein, dass der eine oder andere Steuerzahler/Steuerzahlerin daher einfach aus dem Bezirk weg ziehe. Dann habe man einerseits höhere Steuern (höhere Steuerfuss) und andererseits tiefere Steuereinnahmen. Fischli ist nach wie vor der Meinung, die Steuern stabil zu halten oder zu senken, aber nicht zu erhöhen - sicherlich nicht im Zusammenhang mit einem einzelnen Projekt. Man könne keine Rückstellungen oder eine Vorfinanzierung machen, das lasse das Finanzhaushaltsgesetz nicht zu. Der Bezirksammann habe es erwähnt, dass auf den Seiten 52/53 die Bestandesrechnung abgebildet ist. Man spreche immer vom hohen Eigenkapital des

Bezirk von mittlerweile Fr. 47 Mio., aber das sei nicht flüssiges Geld in der Kasse. Betrachte man die Bestandesrechnung sei ein grosser Teil auf der Aktiv-Seite das Verwaltungsvermögen, insbesondere die Infrastruktur, welche man in den letzten 10 Jahren massiv ausgebaut habe. Es sei nicht so, dass man Fr. 47 Mio. in der Kasse habe, die man einfach so ausgeben könne, sonst müsste der Bezirk nicht alle 3 - 4 Monate Darlehen aufnehmen, um Liquiditätsengpässe zu überbrücken, bis die Steuererträge Ende Juni eintreffen. Aber die Tendenz sei ganz klar und die Schulden betragen im Moment Fr. 54 Mio. Diese werden weiterhin zunehmen.

Der Bezirk habe, er sei schon im Amt gewesen, eine Negativverschuldung ausgewiesen. Seit seinem Amtsantritt vor 8 Jahren werden die Schulden auf Fr. 82 Mio. steigen, ohne weitere Projekte. Es sei nicht so, dass der Bezirksrat keine weiteren Projekte habe - Visionen habe er vielleicht nicht. Fischli zitiert Helmut Schmidt (Anm. LS: Alt-Bundeskanzler Deutschland): „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen“. Nun werde er konkret, er rede nur von Multimillionen Projekten, die teilweise im Investitionsplan abgebildet seien. Es seien also nicht Projekte, die man irgendwo in der Schublade habe und erst jetzt damit herausrücke. Fischli zählt folgende Projekte auf: Hochwasserschutz Giessen, Sanierung Seebodenstrasse, Sanierung Chüellochtobel - und vor drei Wochen konnte in der Presse lesen, dass die Sportvereine eine Vision hätten, nämlich die „Vision 21“, beinhaltend ein zusätzliches Spielfeld im Luterbach, ein Klubhaus, Tribüne usw. Vermerkt war auch, dass jetzt der Bezirksrat am Zuge sei. Man habe den Auftrag nur über die Zeitung vernommen, dass man einen substanziellen Beitrag vom Bezirk erwarte. Alles seien kurz- und mittelfristige Multimillionenprojekte, die im Investitionsplan teilweise abgebildet sind und vor 2028 realisiert werden. Zu berücksichtigen sind zudem Umbaukosten in den Schulhäusern Ebnet, allenfalls Seematt infolge modernen, neuen Unterrichtsformen – auch nicht einfach ein Wunsch des Bezirkrates. Kurz gesagt: Es werde neben dem 2. Abschnitt noch mehr als genügend Projekte geben, die heute schon bekannt seien. Erwähnt wurde zudem der Parkraum, der nicht gelöst sei. Dreimal habe das Volk bereits über eine Parkhaus-Vorlage abgestimmt, aber das Parkhausproblem sei nicht gelöst. Man könne davon ausgehen, dass in den nächsten Jahren auch in diesem Bereich eine Vorlage vorgelegt werde. Wenn der 2. Abschnitt angenommen und das Projekt realisiert werde, können man die anderen Projekte vergessen. Dieses Projekt sei nicht eines für die ganze Bevölkerung - und da spreche er jetzt auch als Merlischacher – es sei ein Projekt für einen Teil der Bevölkerung. Eine weitere Zahl gelte es zu korrigieren. In der Zeitung stand, dass entlang der Grepperstrasse rund 4'000 Einwohner wohnen. Er bezweifle dies, das wäre fast die Hälfte von Küssnacht und das könne nicht sein. Aber als Merlischacher habe er null von diesem 2. Abschnitt - auch als Immenseer. Es sei nicht eine Vorlage für die ganze Bevölkerung, sondern eine Vorlage für ein bestimmtes Gebiet. Technisch eine gute Vorlag, aber finanziell eine Katastrophe.

**Bezirksammann Michael Fuchs** erwähnt, dass nun genug über das Finanzielle gesprochen worden sei. Auch würden die Emotionen steigen. Eine Reaktion löse auch immer eine Gegenreaktion aus.

**Lenz Lottenbach, Sagirain, 6403 Küssnacht am Rigi.** Er wisse, dass Säckelmeister Hansheini Fischli in Merlischachen wohne, er wisse, dass eine Reihe von Leuten, die hier sitzen, in der Kreuzmatt wohnen. 1912 (Anm. LS: wohl 2012) habe man bei den Vorarbeiten eine solidarische Haltung gezeigt, indem die Zufahrt vom Schützenhaus deutlich tiefer gelegt wurden, damit die direkten Anwohner der Kreuzmatt keine Lärmstörungen haben. Die gleiche Solidarität erwarte er heute von allen für die Anwohner der Grepperstrasse. Die Grepperstrasse sei nicht etwas, wo man beliebig sagen könne: „Heute machen wir ein bisschen Schallschutz und später ein bisschen Südumfahrung“. Die Forderungen seien ganz klar. Der Kanton, als Strasseneigentümer, müsse die Grepperstrasse innert einer gewissen Frist lärmässig sanieren. Er habe zwei Möglichkeiten aufgezeigt und mit dem Bezirksrat besprochen. Die eine Möglichkeit sei die Sanierung umzu-

setzen oder die Zweite, die Umfahrung zu bauen. Da könne man aber nicht sparen, weil der Verkehr um einen Drittel zurück gehe und die Immissionen weit unter der Grenze liegen. Wenn man den Anteil des Bezirkes - noch einmal, wir bauen diesen nicht, wir zahlen nur einen Anteil an den Kanton - wenn der Anteil vom Bezirk akzeptiert werde, ziehe sich der Kanton von der Grepperstrasse zurück und der Bezirk könne selber entscheiden. Wenn nicht, werden in den nächsten Jahren zwischen Fr. 20 und 30 Mio. für die Lärmsanierung investiert. Wer dann glaube, dass nachher der Kanton auf die Bitte von Bezirksrat Ebert, des Säckelmeisters oder der FDP wieder bereit sei, Fr. 80 Mio. nach Küssnacht zu schicken, um zur verbesserten Grepperstrasse noch eine Umfahrung zu bauen – „der glaube an den Storch“.

**Bruno Werder, Initiant, Rigacher, 6403 Küssnacht am Rigi.** Er sei auch einer der Initianten und versuche, sich ebenfalls kurz zu halten. Zwei Worte: Bezüglich der Steuern wisse weder Hansheini Fischli, noch er oder jeder andere, wieviel man im Jahre 2028 bezahlen müsse – Steuern können steigen oder sinken. Die Einen wissen es jetzt schon, darüber staune Werder. Er meint: „Lassen wir es darauf ankommen, zeigen wir ein bisschen Mut, schauen wir voraus und denken langfristig und nachhaltig“.

Er glaube, in den 50 Jahren konnte man auch wirklich ein bisschen Geld sparen, damit man es auch ausgeben könne. Man habe für viele andere Sachen auch Geld ausgegeben und die Strasse sei den Preis wert. Als Bauer sei er überzeugt, dass dies eine gute Lösung sei. Man habe viel Land, das nicht verbaut wurde. Man habe im Grossen und Ganzen eine nachhaltige Sache. Er sei überzeugt, dass der Stimmbürger von Küssnacht ein Zeichen setze und JA sage - und auch ein Zeichen setze, dass man in Zukunft nicht einfach mit dem Land umgehe „wie man will“ und dass man ein bisschen vorsichtiger plane, wenn man Strassen baue. Er bitte einfach um ein deutliches JA am 21. Mai 2017.

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass die Diskussion erschöpft ist. Er ersucht Landschreiber Wolfgang Lüönd, den Antrag zu verlesen.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliest den Antrag.

#### **Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

1. Ablehnung eines Verpflichtungskredites von Fr. 116'484'000.00 (plus allfälliger Teuerung nach §17 der Finanzhaushaltsverordnung für die Bezirke und Gemeinden) abzüglich kantonaler Beiträge für die Trägerschaftsänderung von Fr. 1'996'000.00 für den Bau der Südumfahrung Küssnacht, Abschnitt 2 Rübmett-Breitfeld, gestützt auf die an der Urne angenommene Pluralinitiative „Südumfahrung PLUS“, sowie der Übernahme der im Abschnitt 2 betroffenen Kantonsstrasse ins Eigentum des Bezirks Küssnacht.
2. Der Bezirksrat sei mit dem Vollzug zu beauftragen.

Das Geschäft wird an die Urnenabstimmung vom 21. Mai 2017 überwiesen.

Bezirksrätlicher Sprecher: Säckelmeister Hansheini Fischli

Säckelmeister Hansheini Fischli erläutert, dass er durch die Traktanden 4 – 6 führen wird. Nach der doch sehr langen Diskussion zum Geschäft Südumfahrung und den noch folgenden Apéro zur Verabschiedung des Landschreibers werde er die Traktanden zügig abhandeln. Es werden keine Einwände vorgebracht. Selbstverständlich dürfen jederzeit Fragen gestellt werden.

### **Nachkredite Laufende Rechnung 2016**

Gemäss § 36 Abs. 1 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden (FHG-BG) vom 27. Januar 1994 ist ein Nachkredit einzuholen, sofern für eine im Laufe des Rechnungsjahres notwendige Ausgabe ein Voranschlagskredit fehlt oder für den vorgesehenen Zweck nicht ausreicht, soweit keine zwingende Ausgabenbindung vorliegt. In Nachachtung dieser Vorschrift unterbreitet der Bezirksrat Nachkredite von Fr. 946'074.33.

Ab Seite 21 ff sind die Nachkredite im Detail aufgeführt. In der rechten Spalte sind die Begründungen ersichtlich. Fischli geht davon aus, dass die Nachkredite erklärt sind. E werden keine Fragen gestellt.

**Bezirksammann Michael Fuchs** eröffnet formell die Diskussion und erwähnt, dass die Rechnungsprüfungskommission das Geschäft geprüft hat und zur Annahme empfiehlt.

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass das Wort nicht verlangt wird.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliest den Antrag.

### **Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

Für das Jahr 2016 seien Nachkredite von Fr. 946'074.33 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2016 zu genehmigen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### **Abstimmung**

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die ausgewiesenen Nachkredite im Gesamtbetrag von Fr. 946'074.33 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2016.

Bezirksrätlicher Sprecher: Säckelmeister Hansheini Fischli

Gemäss § 36 Abs. 1 des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden (FHG-BG) vom 27. Januar 1994 ist ein Nachkredit einzuholen, sofern für eine im Laufe des Rechnungsjahres notwendige Ausgabe ein Voranschlagskredit fehlt oder für den vorgesehenen Zweck nicht ausreicht, soweit keine zwingende Ausgabenbindung vorliegt. In Nachachtung dieser Vorschrift unterbreitet der Bezirksrat Nachkredite von Fr. 230'000.00.

Die Details sind auf Seite 25 ff abgebildet.

Fischli erwähnt, dass sich unser sehr geschätzter Notar freut, weil mit diesem Nachkredit eine Rückerstattung von Fr. 203'000.-- an ihn bewilligt wird. Alles ist aber natürlich korrekt, weil er diesen Betrag (Einführung IK-Grundbuch) vorfinanziert hat und er am 30. Juni 2016 in Pension geht. Deswegen ist diese Rückerstattung fällig.

**Bezirksammann Michael Fuchs** eröffnet die Diskussion und erwähnt, dass die Rechnungsprüfungskommission das Geschäft geprüft hat und zur Annahme empfiehlt.

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass das Wort nicht verlangt wird.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliest den Antrag.

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

Für das Jahr 2017 seien Nachkredite von Fr. 230'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2017 zu genehmigen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### Abstimmung

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die ausgewiesenen Nachkredite im Gesamtbetrag von Fr. 230'000.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung 2017.

Bezirksrätlicher Sprecher: Säckelmeister Hansheini Fischli

Die Rechnung 2016 ist in der Botschaft ab der Seite 27 ff abgebildet. Sie umfasst die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung, die Abrechnung über die Verwendung von Geldern des Gewässerschutzes, kurz: die Abwasserbeseitigung und die Rechnung des Pflegezentrums Seematt.

Er habe eine längere oder eine ganz kurze Version. Selbstverständlich werde er bei Fragen entsprechende Erläuterungen abgeben. Die Rechnung zeige ja die Vergangenheit und nicht wie beim Voranschlag die Zukunft. Fischli empfiehlt eine Konsultativabstimmung über die Präsentation der Rechnung. Im ersten Mehr umfassende Präsentation im zweiten Mehr Kurzpräsentation.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Konsultativabstimmung vor.

Ergebnis: Es wird die Kurzpräsentation gewünscht.

**Säckelmeister Hansheini Fischli** fährt fort. Die Laufende Rechnung 2016 des Bezirks Küssnacht schliesst mit einem guten Ergebnis ab. Bei einem Gesamtaufwand von Fr. 71'063'340.-- und einem Gesamtertrag von Fr. 72'649'683.-- beträgt der Ertragsüberschuss Fr. 1'586'343.--. Budgetiert war ein Überschuss von Fr. 580'500.--, womit das tatsächliche Ergebnis um Fr. 1'005'843.-- besser ausfällt. Die Investitionsrechnung schliesst bei Ausgaben von Fr. 27'438'392.-- und Einnahmen von Fr. 3'381'715.-- mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 24'056'677.-- ab. Die laufende Rechnung weist Nachkredite von Fr. 946'074.-- aus. Säckelmeister Hansheini Fischli verweist auf die Seite 28, auf welcher, und das sei ihm sehr wichtig, der sogenannte Finanzierungsausweis abgebildet ist. Die letzte Zeile zeigt den Selbstfinanzierungsgrad von 19.7%, was nach Meinung des Säckelmeisters natürlich „lausig“ sei. Anzustreben seien nach Finanzhaushaltsgesetz und den Kantonalen Stellen 80 – 100%. Der Bezirk liegt infolge der hohen Investitionen weit darunter. Grund dafür ist, dass ein Teil der Investitionen nicht über einen Überschuss und Abschreibungen finanziert wird, sondern durch die Finanzierung ein Fehlbetrag resultiert und dieser durch Mittelaufnahmen gedeckt werden muss. Infolge des ungenügenden Selbstfinanzierungsgrades nehmen auch die Schulden stetig zu. Somit ist widerlegt, dass der Bezirk in den letzten Jahren gespart hat. Der Bezirk Küssnacht hat sehr viel investiert, das sei auch eine gute Sache. Ebenso seien die Vorlagen alle vom Volk genehmigt und somit auch mehrheitlich abgestützt. Die Details zur Laufenden Rechnung und Investitionsrechnung befinden sich auf den Seiten 30 ff.

**Pius Bürgler, 6402 Merlischachen.** Er erkundigt sich über die Differenz des Voranschlags zur Rechnung. So seien rund Fr. 600'000.-- Mehrkosten beim Personal und weniger Pensionstaxeneinnahmen zu verzeichnen. Er stellt die Frage: „Ist das ein einmaliger Ausrutscher und wie sieht der Zwischenabschluss per Ende März 2017 aus?“ Zudem möchte er wissen, ob die Kosten wieder ins Lot kommen.

**Säckelmeister Hansheini Fischli** verweist auf die Seite 7 der Botschaft. Es sei in der Tat so, dass die Rechnung Sunnehof im 2016 negativ abgeschlossen habe. Der Sun-

nehof wurde umfassend erweitert und umgebaut. Im Übergangsjahr 2016 seien einerseits die Bauten vollendet und andererseits der Personalbestand „hochgeschraubt“ worden. Leider seien auch gewisse zusätzliche Zimmer erst später bezugsbereit gewesen, weshalb die Heimtaxen nicht im geplanten Umfang geflossen seien, wie dies aufgrund der Anzahl Betten und Zimmer möglich gewesen wäre. Aus dieser Optik ist es tatsächlich eine Ausnahme. Die Differenz musste mit einer Entnahme von Fr. 3.7 Mio. aus der Spezialfinanzierung gedeckt werden. Bis jetzt hatte die Spezialfinanzierung Sunnehof eine Forderung gegenüber dem Bezirk, nun besteht diese gegenüber dem Sunnehof. Dieses Vorgehen hat auch Auswirkungen auf den Rechnungsabschluss. Würde man dies nicht berücksichtigen, so wäre nicht ein so deutlicher Überschuss von Fr. 1.5 Mio. zu verzeichnen. Es fliesst nicht mehr Geld, sondern ist ein rein buchungstechnischer Vorgang. Fischli geht fest davon aus, dass es ein einmaliges Jahr im Sunnehof ist. Betrachte man den Voranschlag 2017, so seien auf der Ertragsseite Fr. 8.5 Mio. Einnahmen aus Heimtaxen budgetiert, Fr. 3 Mio. mehr als im Jahre 2016. Die Erträge werden im Jahre 2017 weiterhin fließen. Die Auslastung sei gut, könne aber noch gesteigert werden. Der Bezirksrat gehe davon aus, dass die Spezialfinanzierung zukünftig wieder im Gleichgewicht sein werde.

Er fährt mit der kurzen Vorstellung fort. Auf der Seite 55 sind die Details zur Verwendung der Gelder Abwasserbeseitigung 2016 ersichtlich. Auch die Bestandesrechnung ist aufgeführt. Sie hat sich von Fr. 5'834'749.40 auf Fr. 4'950'038.76 reduziert. Es wurden rund Fr. 1 Mio. entnommen, was den Vorgaben entspricht. Gemäss Bundesgericht muss der Saldo weiter reduziert werden. Man gehe davon aus, dass im 2017 die Ausgaben höher als die Einnahmen sein werden.

Auf der Seite 56 ff ist die Rechnung des Pflegezentrums Seematt aufgeführt. Es sei abermals ein Ertragsüberschuss von Fr. 149'000.-- ausgewiesen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** eröffnet kurz die Diskussion zur Rechnung 2016. Das Wort wird nicht mehr verlangt.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliest den Antrag:

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

Genehmigung der Jahresrechnung 2016 (Laufende Rechnung) die bei Fr. 71'063'340.77 Aufwand und Fr. 72'649'683.22 Ertrag mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'586'342.45 abschliesst. Der Ertragsüberschuss von Fr. 1'586'342.45 ist gemäss dem Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden dem Eigenkapital zuzuweisen.

Genehmigung der Jahresrechnung 2016 (Investitionsrechnung), die bei Fr. 27'438'392.78 Ausgaben und Fr. 3'381'715.64 Einnahmen mit einer Nettoinvestitionszunahme von Fr. 24'056'677.14 abschliesst.

Genehmigung folgender Abrechnungen:

- Abrechnung über die Verwendung von Geldern des Gewässerschutzes
- Rechnung 2016 des Pflegezentrums Seematt, Küssnacht

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### **Abstimmung**

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die Rechnung 2016.

C-Geschäft

7

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**

**Traktandum 07 Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Schulhaus Dorfhalde**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.10

Bezirksrätlicher Sprecher: Bezirksrat Josef Heinzer

Vorab bedankt sich Bezirksrat Josef Heiner herzlich bei allen Baukommissionsmitgliedern, die tatkräftig bei den nun folgenden vier Bauwerken mitgearbeitet haben.

An der Bezirksgemeinde vom 14. April 2014 unterbreitete der Bezirksrat den Stimmbürgern/-innen einen Verpflichtungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Dorfhalde. An der Urnenabstimmung vom 15. Juni 2014 wurden die Verpflichtungskredite von Fr. 1'070'000.-- abzüglich den Kantonalen Beitrag von Fr. 191'600.-- (plus allfällige Teuerung nach § 17 der VVO zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden) mit 1784 Ja-Stimmen zu 416 Nein-Stimmen deutlich angenommen. Mit RRB Nr. 1005/2014 teilte der Regierungsrat mit, dass der definitive Kantonsbeitrag Fr. 176'302.-- beträgt.

Unter der Leitung des Ressorts Infrastruktur wurden die Arbeiten gemäss Botschaft im Sommer 2016 abgeschlossen. Die Abnahme durch den Kanton für die Auszahlung der Subventionen hat am 21. Juni 2016 stattgefunden. Der RRB über die Freigabe der Zahlung für den zugesicherten Beitrag von Fr. 176'302.-- ist noch ausstehend.

	<b>Fr.</b>
<b>A Zur Verfügung stehender Kredit</b>	
Baukredit gemäss Botschaft	1 070 000.--
Ausgewiesene Teuerung (– Fr. 5 206.80)	0.--
Total zur Verfügung stehender Kredit	1 070 000.--
<b>B Effektive Kosten</b>	
Kosten gemäss Bauabrechnung	990 322.80
./ Kantonaler Beitrag	176 302.--
Total zu Lasten des Bezirks	814 020.80
<b>C Mehr-/Minderkosten</b>	
Bewilligter Kredit	1 070 000.--
./ Netto-Baukosten	990 322.80
Kreditüberschuss (Minderaufwand)	79 677.20

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliest den Antrag.

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

1. Die vorliegende Schlussabrechnung über den Verpflichtungskredit „Schulhaus Dorfhalde“ sei zu genehmigen.
2. Mit dem weiteren Vollzug sei das Ressort Infrastruktur zu beauftragen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### **Abstimmung**

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die vorliegende Schlussrechnung.

C-Geschäft

**8**

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**

**Traktandum 08 Schlussabrechnung Verpflichtungskredit WER K**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.10

**Bezirksrätlicher Sprecher:**

Bezirksrat Josef Heinzer

An der Bezirksgemeinde vom 12. Dezember 2011 unterbreitete der Bezirksrat den Stimmbürgern/-innen einen Verpflichtungskredit für den Neubau WER K / Werkhof, Entsorgung, Recycling Küssnacht. An der Urnenabstimmung vom 11. März 2012 wurde der Verpflichtungskredit von Fr. 11'068'700.-- (plus allfällige Teuerung nach § 17 der VVO zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden) davon Fr. 354'000.-- zu Lasten der Spezialfinanzierung Ersatzbeiträge Schutzraumabgeltung und Fr. 3'151'500.-- zu Lasten der Spezialfinanzierung Abfallentsorgung mit 3471 Ja-Stimmen zu 951 Nein-Stimmen deutlich angenommen.

Unter der Leitung der vom Bezirksrat eingesetzten Baukommission wurden die Arbeiten gemäss Botschaft Ende März 2014 abgeschlossen. Der Werkhof und die Hauptsammelstelle konnten am 1. April 2014 dem Betrieb übergeben werden. Es resultiert ein Minderaufwand von Fr. 2'176'418.30. Heinzer verwies auf die zwei kleinen Schönheitsfehler, die aber die Vollendung des Bauwerks nicht trüben (schlechter Ablauf des Wassers aus der Halle und Einfahrt Salzsilo).

	<b>Fr.</b>
<b>A Zur Verfügung stehender Kredit</b>	
Baukredit gemäss Botschaft	11 068 700.–
Ausgewiesene Teuerung	209 014.85
 Total zur Verfügung stehender Kredit	 11 277 714.85
 davon	
zu Lasten Spezialfinanzierung Schutzraumabgeltung	354 000.–
zu Lasten Spezialfinanzierung Abfallentsorgung	3 151 500.–
 <b>B Effektive Kosten</b>	
Kosten gemäss Bauabrechnung	9 101 296.55
 Total zu Lasten des Bezirks	 9 101 296.55
 davon	
zu Lasten Spezialfinanzierung Schutzraumabgeltung	318 000.–
zu Lasten Spezialfinanzierung Abfallentsorgung	2 593 149.70
 <b>C Mehr-/Minderkosten</b>	
Bewilligter Kredit	11 277 714.85
./ Netto-Baukosten	9 101 296.55
 Kreditüberschuss (Minderaufwand)	 2 176 418.30

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliest den Antrag.

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

1. Die vorliegende Schlussabrechnung über den Verpflichtungskredit „WER K“ sei zu genehmigen.
2. Mit dem weiteren Vollzug sei das Ressort Infrastruktur zu beauftragen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### **Abstimmung**

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die vorliegende Schlussrechnung.

C-Geschäft

9

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**  
**01 Legislative und Exekutive**  
**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**  
**010.1 Botschaften und Akten**

**Traktandum 09 Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Gebäude Drittnutzer WER K**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.10

Bezirksrätlicher Sprecher: Bezirksrat Josef Heinzer

An der Bezirksgemeinde vom 12. Dezember 2011 unterbreitete der Bezirksrat den Stimmbürgern/-innen einen Verpflichtungskredit für den Neubau Gebäude Drittnutzer in Küssnacht. An der Urnenabstimmung vom 11. März 2012 wurde der Verpflichtungskredit von Fr. 2'877'000.-- (plus allfällige Teuerung nach § 17 der VVO zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden) mit 2567 Ja-Stimmen zu 1574 Nein-Stimmen deutlich angenommen.

Unter der Leitung der vom Bezirksrat eingesetzten Baukommission wurden die Arbeiten gemäss Botschaft Ende März 2014 abgeschlossen. Die Auto AG Schwyz und die Wasserversorgung Küssnacht Genossenschaft konnten ab 1. April 2014 die Räumlichkeiten übernehmen. Der mittlere Teil hat die Engie für ihr Energiekonzept gemietet.

	<b>Fr.</b>
<b>A Zur Verfügung stehender Kredit</b>	
Baukredit gemäss Botschaft	2 877 000.--
Ausgewiesene Teuerung	54 327.60
Total zur Verfügung stehender Kredit	2 931 327.60
<b>B Effektive Kosten</b>	
Kosten gemäss Bauabrechnung	2 620 192.90
Total zu Lasten des Bezirks	2 620 192.90
<b>C Mehr-/Minderkosten</b>	
Bewilligter Kredit	2 931 327.60
./. Netto-Baukosten	2 620 192.90
Kreditüberschuss (Minderaufwand)	311 134.70

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliert den Antrag.

### **Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

1. Die vorliegende Schlussabrechnung über den Verpflichtungskredit „Gebäude Drittnutzer WER K“ sei zu genehmigen.
2. Mit dem weiteren Vollzug sei das Ressort Infrastruktur zu beauftragen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### **Abstimmung**

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die vorliegende Schlussrechnung.

C-Geschäft

**10**

**0 Gemeindeorganisation, Gemeindeverwaltung**

**01 Legislative und Exekutive**

**010 Bezirksgemeinde/Orientierungsversammlung**

**010.1 Botschaften und Akten**

**Traktandum 10 Schlussabrechnung Verpflichtungskredit Dachausbau  
Schulhaus Merlischachen**

Aktenzeichen: 010.1-16.2265.10

Bezirksrätlicher Sprecher: Bezirksrat Josef Heinzer

An der Bezirksgemeinde vom 14. April 2014 unterbreitete der Bezirksrat den Stimmbürgern/-innen einen Verpflichtungskredit für die Erweiterung des Schulhauses Merlischachen. An der Urnenabstimmung vom 15. Juni 2014 wurde der Verpflichtungskredit von Fr. 1'630'000.-- abzüglich den Kantonalen Beitrag von Fr. 296'570.-- (plus allfällige Teuerung nach § 17 der VVO zum Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden) mit 1751 Ja-Stimmen zu 450 Nein-Stimmen deutlich angenommen. Der Regierungsrat hat am 23. September 2014 die definitive Zusicherung für einen Beitrag an den Baukosten von Fr. 296'570.-- zugestellt.

Unter der Leitung der vom Bezirksrat eingesetzter Baukommission wurden die Arbeiten gemäss Botschaft Ende November 2015 abgeschlossen. Die Erweiterung (Ausbau Dachgeschoss) konnte aber bereits auf Beginn des Schuljahrs 2015/2016 dem Betrieb übergeben werden.

Beim Dachausbau ging es darum, mehr Raum für die Schüler zu schaffen. Gemäss Rückmeldungen der Lehrerschaft und der Schüler sind sie mit dem Dachausbau sehr zufrieden. Der Dachausbau war eine sehr grosse Herausforderung, der während der Ferienzeit realisiert wurde. Bis zu 50 Handwerker waren am Bau gleichzeitig beschäftigt.

	<b>Fr.</b>
<b>A Zur Verfügung stehender Kredit</b>	
Baukredit gemäss Botschaft	1 630 000.–
Ausgewiesene Teuerung (– Fr. 7 931.85)	0.–
Total zur Verfügung stehender Kredit	1 630 000.–
<b>B Effektive Kosten</b>	
Kosten gemäss Bauabrechnung	1 539 584.80
./.. Kantonaler Beitrag	296 570.00
Total zu Lasten des Bezirks	1 243 014.80
<b>C Mehr-/Minderkosten</b>	
Bewilligter Kredit	1 630 000.–
./.. Netto-Baukosten	1 539 584.80
Kreditüberschuss (Minderaufwand)	90 415.20

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass keine Wortmeldungen gewünscht werden.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** verliert den Antrag.

**Der Bezirksgemeinde wird beantragt:**

1. Die vorliegende Schlussabrechnung über den Verpflichtungskredit „Dachausbau Schulhaus Merlischachen“ sei zu genehmigen.
2. Mit dem weiteren Vollzug sei das Ressort Infrastruktur zu beauftragen.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Abstimmung vor.

### **Abstimmung**

Die Versammlung genehmigt einstimmig durch Handerheben die vorliegende Schlussrechnung.

**Bezirksammann Michael Fuchs** weist darauf hin, dass am Schluss der Botschaft Berichte der verschiedenen Ressorts und Kommissionen aufgeführt sind. Es lohnt sich, diese zu studieren, damit man auch weiss, welche umfangreichen Arbeiten, auch ehrenamtlich, geleistet werden.

Die Bezirksgemeinde zum Voranschlag 2017 findet am 11. Dezember 2017 statt. Die Pressekonferenz am 17. November 2017.

**Bezirksammann Michael Fuchs** stellt fest, dass das Wort nicht verlangt.

**Bezirksammann Michael Fuchs** nimmt die Verabschiedung von Landschreiber Wolfgang Lüönd vor.

*(Zitat):Lieber Wolfgang; Das ist deine letzte Bezirksgemeinde als Landschreiber des Bezirks Küssnacht. Du bleibst uns zum Glück als Mitarbeiter bis zum August erhalten, wo du dein wertvolles und schier unermessliche Wissen über Küssnacht, unserer Bevölkerung und Geschichte dazu wenigstens ansatzweise deinem Nachfolger Marc Sinoli weitergeben und ihn in das Amt einführen kannst. Es ist nun ein kurzer Zeitpunkt da, um auf dein Schaffen im Bezirk Küssnacht zurückzublicken. Auch wenn man dies nicht im ganzen Umfang machen kann. Es geht zurück auf den Herbst 1980, also vor etwa 36.5 Jahre. Du warst dort noch zarte 26 Jahre alt und bist dannzumal in den Dienst des Bezirks Küssnacht eingetreten. Ich habe noch nachgeschaut: ihr hattet damals bereits ein Kind und es sind dann noch ein paar dazu gekommen. Du hast nach einigen Jahren bei der Calendaria, wo du die Kaufmännische Lehre absolviert hast, noch ein paar Jahre in der Verkaufsabteilung gearbeitet und bist dann als Zivilstandesbeamter und Vormundschaftssekretär durch den Bezirksrat gewählt worden. Bei deiner Bewerbung hast du ein Interims-Zeugnis beigelegt und hier zitiere ich, denn darin waren deine wichtigsten Eigenschaften deines Wesens schon damals treffend beschrieben.*

*„Herr Lüönd ist ein intelligenter, geschickter, gewissenhafter, fleissiger, williger und ehrlicher Mitarbeiter mit angenehmem Charakter. Mit seiner Leistung und seinem Betragen sind wir sehr zufrieden“.*

*Auch wenn man das heute nicht mehr so schreibt, es stimmt trotzdem. Dein Einsatz und dein Interesse für die Sache des Bezirks haben dann schnell dazu geführt, dass du weitere Aufgaben zugeteilt bekommen hast. Neben der Tätigkeit als Zivilstandsbeamter und Vormundschaftssekretär warst du Friedhofverwalter, Sekretär in der Sportkommission, Stellvertreter der Einwohnerkontrolle und bald danach auch Landschreiber-Stv. Auch warst du in der Luterbach-Kommission usw. Man kann sagen, du hast schon sehr viele Tätigkeiten gehabt und wenn diese Tätigkeiten damals noch ein bisschen kleiner waren, so hat der Bezirksrat doch festgestellt, dass der Landschreiber-Stv. schon sehr viel zu tun hat. So hat man auch diskutiert ob es nicht zu viel ist und du das Eine oder Andere abgeben könntest. Aber du hast die Arbeiten immer gerne gemacht und dir mit sehr viel Einsatz und Bemühungen auch die Anerkennung und das Wohlwollen der Bezirksräte erarbeitet. Als man dich in der Mitarbeiterbeurteilung 1994 fragte „Zufrieden“ antwortest du: Ja, Arbeit ist mein Hobby. Du hast auch in der Zeitung einmal treffend gesagt und ich glaube, das gilt für dich insbesondere: „ich verwalte nicht nur, sondern bin auch Generalist“. So warst du auch schon damals in der EDV-Kommission und ich habe gestaunt, als*

du etwa vor drei Jahren das Projekt der elektronischen Geschäftsführung im Bezirk ange- rissen und umgesetzt hast. In vielen Firmen scheitern diese Projekte kläglich, aber wir haben mit Wolfgang Lüönd jemand an der Spitze gehabt, der so etwas umsetzen konnte. Es war eher am Ende der Karriere und das finde ich ganz toll. Nach dem Rücktritt von deinem Vorgänger Ruedi Gössi bist du im Juni 1999 zum ersten Mal als Landschreiber gewählt worden und anfangs Januar 2000 hast du das Amt übernommen. Seither bist du fünf Mal wieder gewählt worden. Das letzte Mal im letzten Frühling und nur einmal hast du ein Widersacher gehabt, sonst warst du immer unumstritten gewesen und bist von allen Parteien gestützt worden. Was mich bei deiner Arbeit immer beeindruckt hat, ist deine Gelassenheit in stressigen Situationen und deine Fähigkeiten mit den Leuten um- zugehen. Gerade die vielen wiederkehrenden Anlässe, die der Bezirk ausrichtet und du organisiert hast wie zum Beispiel: die Viehausstellung, den Kulturapéro, den Neuzuzü- gerapéro, den Neujahrsapéro - ich merke gerade, wir haben viele Apéros - waren immer gut. Du weisst halt auch, dass man die Bewohner im Bezirk immer wie Gäste behandelt und das wird allseits sehr geschätzt. Gute 17 Jahre Landschreiber sind rund 440 Be- zirksratssitzungen, die du protokolliert hast. 440 Sitzungen, an welchen du immer min- destens einmal gesagt hast "HALT, jetzt passed uf" und dann kamen ein paar Hinter- grundinformationen, ein paar Grundlagen, die wir Bezirksräte vielleicht nicht immer so im Griff gehabt haben. Wir haben sicherlich ein paar Mal gestritten in diesen Sitzungen, aber ich bin froh dass wir dank deiner Arbeit das immer geordnet ablaufen lassen konnten und am Ende alle Geschäfte abgewickelt werden konnten. 17 Jahre waren auch mindestens 35 Bezirksgemeinden, die du vor- und nachbereitet hast. Nicht immer sind solche Ver- sammlungen so ruhig (Gelächter aus dem Publikum) und bedächtig gewesen wie heute. Aber der ganze Bezirksrat und die Stimmgemeinde konnten immer auf dich zählen, du hast die Sache hier vorne immer im Griff gehabt. Wolfgang, ich möchte dir in Namen der Bevölkerung und des Bezirkes recht herzlich für dein Engagement danken. In den 11 gemeinsamen Jahren, insbesondere in den sieben als Statthalter und Bezirksamann warst du immer zur Stelle als ich dich gebraucht habe. Du hast ganz viele Klippen um- schifft, bevor dass ich oder meine Kolleginnen und Kollegen sie überhaupt bemerkt ha- ben. Die Laudatio zu deiner Ehre müsste eigentlich viel länger sein und es gibt ganz viele Sachen die ich auch gar nicht weiss über die lange Karriere oder weil ich die auch schon wieder vergessen habe. Da wir nachher noch ein bisschen feiern möchten und ein paar Worte mit dir wechseln wollen lassen wir es heute mal so bewenden. Wir laden nachher alle Anwesenden zu deinen Ehren zu einem Apéro ein. Geschätzte Damen und Herren, ich bitte sie während ich Wolfgang etwas Kleines übergebe ihm einen herzlichen, wohl- verdienten und ausgiebigen Applaus zu schenken (Standig Ovation vom Publikum).

Es werden noch drei Fotos aus der Tätigkeit des Landschreibers gezeigt.

**Franz Hess, Musikschulleiter und Lehrer**, ergreift das Wort. Wie es Bezirksamann Michael Fuchs bereits gesagt hat, gäbe es noch vieles, das man sagen könnte. Er wolle nicht verlängern, sondern einfach mitteilen, dass er in der langen Zeit, in welcher er mit Landschreiber Wolfgang Lüönd zusammen arbeiten konnte, sei dies von der Musikschule oder der Schule aus und auch sonst, es war eine ganz tolle Zeit. Man habe gut zusammen gearbeitet und sich gut verstanden und bei den Apéros bestens unterhalten. Darum habe er für den Landschreiber einmal ein Stück geschrieben. Es wird mit dem Mini-Örgeli ge- spielt und heisst: „Dr Landschreiber bim Apéro“. Dieses Stück wird nun gespielt, es dauert nur etwa 2 Minuten. Hess denkt, dass es ganz im zeitlichen Rahmen liegt. Wolfgang ha- be immer gesagt es wäre schön, wenn das Stück nicht nur auf der CD wäre, sondern er es noch in Notenform hätte. Das Stück ist nun in Notenform vorhanden und eingerahmt. Hess übergibt die Tafel mit den Noten als Dank an den Landschreiber. Hess hofft, dass alle das Stück hören, obwohl keine Mikrofone vorhanden sind (Applaus Publikum).

**Bezirksammann Michael Fuchs** erklärt die Bezirksgemeinde als geschlossen. Der Apéro ist eröffnet.

**Landschreiber Wolfgang Lüönd** bedankt sich zum Schluss bei Bezirksammann Michael Fuchs für die Ehrung und Würdigung seiner Person. Es seien auch Projekte erwähnt worden, die er nicht alleine durchführen konnte. Er gibt die „Blumen“ weiter an Roger Catregn, Jeanette Aklin, Landschreiber-Stv., Luzia Bucher und an alle Mitarbeitende die ihn während den Jahren begleitet haben. Er bedankt sich für das Wohlwollen der Bevölkerung und für die Unterstützung während den fünf Amtsdauern. „Jetzt gehen wir zum Apéro“.

Schluss der Bezirksgemeinde um 22.15 Uhr

**NAMENS DER BEZIRKSGEMEINDE**

Der Bezirksammann                      Der Landschreiber

Michael Fuchs

Wolfgang Lüönd

Genehmigt an der Bezirksratssitzung vom 19. Juli 2017  
mit Beschluss Nr. 456

**NAMENS DES BEZIRKSRATS**

Der Bezirksammann    Der Landschreiber

Michael Fuchs

Marc Sinoli